



KONTROLLE UM JEDEN PREIS

GRUNDRECHTE [KOMITEE.de](https://www.komitee.de)

DEMONSTRATIONSBEOBACHTUNGEN

rund um die
Proteste anlässlich
der Internationalen
Automobil ausstellung (IAA)
in München vom
4. bis 10. September 2023

INHALT

1	VORWORT	3
2	VOR DEM BEGINN DER PROTESTE – MEDIEN UND POLIZEI	4
3	MÜNCHEN UND DIE INTERNATIONALE AUTOMOBILAUSSTELLUNG	6
4	DIE EINZELNEN BEOBACHTUNGSTAGE	7
4.1	Montag, 4. September – Abseilaktion in Nähe der BMW-Welt	7
4.2	Dienstag, 5. September – Aktionen am Messegelände und Fahrraddemonstrationen	7
4.3	Mittwoch, 6. September – Besuch des Protestcamps im Luitpoldpark	9
4.4	Donnerstag, 7. September – versuchte Aktionen am Camp und an den „Open Spaces“	10
4.5	Freitag, 8. September – Blockade am BMW Werk Dingolfing und dezentrale Aktionen in der Innenstadt	11
4.6	Samstag, 9. September – Aktionen von <i>Smash IAA, No Future for IAA</i> , ein Rave und eine Geh-Zeug-Demo	16
4.7	Sonntag, 10. September – Großdemonstration in der Münchener Innenstadt	21
5	BEWERTUNG	25
5.1	Systematische Kontrollen und die Sammlung von Daten	25
5.2	Physische Polizeigewalt	27
5.3	Das Drängen auf Versammlungsleitung	28
5.4	Einschränkung von Pressefreiheit	28
6	FAZIT	30

GRUNDRECHTE KOMITEE.de

Komitee für Grundrechte
und Demokratie e.V.

Aquinostraße 7-11 • 50670 Köln
t 0221 9726930 • f 0221 9726931
info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

Text und Redaktion: Tina Keller, Britta Rabe
Titelfoto groß: www.moritzheck.de
Titelfoto klein: Grundrechtekomitee
Satz: www.boographics.de
Presserechtlich verantwortlich: Tina Keller

1 VORWORT

Wir schreiben das Jahr 2023. Tagtäglich hören oder lesen wir von Dürren, Waldbränden, Überflutungen und in Folge dessen von Vertreibung, Leid und Tod. Und obwohl die wenigsten politischen Entscheidungsträger*innen den dafür verantwortlichen, in den Industrieländern dieser Welt gemachten Klimawandel in Frage stellen würden, erleben wir doch keinen „großen Wurf“, um diesen Entwicklungen entgegenzutreten. Im Gegenteil: die weltweiten Treibhausgasemissionen steigen weiter an und in Deutschland wird doppelt so viel in Autobahnen investiert wie in Bahninfrastruktur. Zudem werden durch den Bau neuer LNG-Terminals sogenannte Gas-Log-Ins produziert: also eine Abhängigkeit dieser klimaschädlichen Energieform über viele Jahre hinweg. Und der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ist ebenfalls weder bereits vollzogen noch final rechtlich abgesichert.

All dieser Entwicklungen zum Trotz organisiert sich Widerstand. Seit einigen Jahren erleben wir bundesweit eine Verschärfung der Repression gegenüber genau dieser Klimabewegung. Allein im Jahr 2023 wurden Besetzungen und Blockaden von Aktivist*innen brutal durch die Polizei geräumt, ihnen wird das Recht auf Versammlung beschnitten, sie werden in Präventivgewahrsam genommen und teilweise zu Haftstrafen verurteilt und – wie im Falle der *Letzten Generation* – in Bayern sogar mittels des Paragraphen 129 StGB unter dem Verdacht auf Gründung einer kriminellen Vereinigung verfolgt. In der durch Amnesty International vorgelegten „Protest Map“¹, die die staatliche Unterdrückung von Protesten weltweit dokumentiert, ist Deutschland in diesem Jahr erstmalig aufgeführt: als ein Land, in dem das Recht auf Versammlungsfreiheit zunehmend eingeschränkt werde.² Anstatt sich also der politisch notwendigen Aufgabe zu widmen, wirkfähige Klimaschutzmaßnahmen zu etablieren, überziehen staatliche Behörden – von Polizei, über Innenministerien bis zu Verfassungsschutz – die Bewegung mit Überwachung, Verfolgung und Repression.

In dieser Gemengelage haben wir uns dazu entschieden, eine Demonstrationsbeobachtung während der Proteste anlässlich der Internationalen Automobilmesse (IAA) in München durchzuführen. Die Messe in der bayerischen Landeshauptstadt, welche sich stolz als Autostadt präsentiert, steht symbolhaft für eine Verstetigung des Status Quo des Individualverkehrs – ob basierend auf fossilen oder erneuerbaren Antrieben. Sie steht für eine Form der Mobilität, die in Bewegungskreisen „CARpitalismus“ genannt wird – also eine Förderung der Kapitalinteressen von Großkonzernen, welche die Ausbeutung von Rohstoffen und Menschen im globalen Süden ebenso in Kauf nimmt wie die Gesundheitsschädigung und Umweltzerstörung in Deutschland.

Zu den Gegenprotesten gegen die diesjährige IAA hatten zahlreiche Bündnisse der Klimagerechtigkeitsbewegung im Sinne einer Mobilitätswende aufgerufen. Wir waren mit insgesamt acht Beobachter*innen während der Tage vor Ort und haben mehr als zehn Versammlungen begleitet. Im vorliegenden Bericht dokumentieren wir die Beobachtungen und leiten Bewertungen bezüglich der Qualität der Versammlungsfreiheit daraus ab.

Im Namen des gesamten Komitees für Grundrechte und Demokratie bedanken wir uns bei allen ehrenamtlichen Beobachter*innen für ihr ausdauerndes Engagement und ihren außergewöhnlichen Einsatz für das Recht auf Versammlungsfreiheit.

Britta Rabe, Aaron Reudenbach und Tina Keller

¹ www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/versammlungsfreiheit-proteste-weltweit-interaktive-karte-protest-map

² www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/amnesty-international-114.html

2 VOR DEM BEGINN DER PROTESTE – MEDIEN UND POLIZEI

Die Internationale Automobilausstellung ist eine der größten sogenannten Mobilitätsmessen weltweit. Schon lange, bevor sie am 5. September ihre Tore öffnete, war sie Gegenstand zahlreicher Presseberichte. Ausführlich wurden die potentiellen Besucher*innen, aber auch die Münchener Bewohner*innen über die etwaige Nutzung öffentlicher Flächen, über zu erwartende Besucher*innenzahlen und Attraktionen sowie mögliche Verkehrsbeeinträchtigungen informiert. Dass Bundeskanzler Olaf Scholz die Messe eröffnen würde, war ebenso eine Nachricht wert wie das Erwarten von Protest. Dieser wurde in den Medien zunächst deskriptiv beschrieben und umfasste die Berichterstattung über die mögliche Örtlichkeit des angemeldeten Protestcamps bis hin zum Aufzählen geplanter Demonstrationen. Wenige Wochen vor Beginn der Messe wurde dann die Aktivist*innen selbst thematisiert. Inhaltlichen Themen der Protestierenden hatten Vorrang, weniger wurde eine „Angst vor den Chaoten“ transportiert.³ Mit Beginn der Aktionen und u.a. der anhaltenden Proteste der *Letzten Generation* in München änderte sich der Diskurs und auch in Bezug auf weitere Akteur*innen wurden anders lautende Kommentare verfasst.⁴

Im Gegensatz zu anderen großen Protestanlässen blieb es im Vorfeld der IAA seitens der Polizei und des Innenministeriums lange ruhig. Erst am Dienstag, den 29. August und damit eine Woche vor dem Start der Messe hielt der Münchener Polizeipräsident Thomas Hampel gemeinsam mit dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann eine Pressekonferenz ab, um über den bevorstehenden Einsatz zu informieren.⁵ Sie stellten dar, dass insgesamt 4.500 Beamt*innen aus zehn Bundesländern im Einsatz sein würden. Sie berichteten von Containern im Hof des Polizeipräsidiums zum Zwecke einer Gefangenenansammelstelle. Außerdem kündigten sie sowohl eine Präsenz von Polizei am angemeldeten Protestcamp im Luitpoldpark als auch an den „Open Spaces“ in der Münchener Innenstadt an. Sie wiesen darauf hin, dass nicht nur uniformierte, sondern auch zivile Kräfte im Einsatz sein würden und sie Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle von Personen ergreifen würden. Für letzteres kündigten sie auch den Einsatz von sogenannten Super Recognizer*innen an – also Personen, die sich Gesichter sehr gut einprägen und auch in einer Masse wiedererkennen können.

Diese Ankündigung eines Großaufgebots in München gründete vermutlich zu einem Großteil in der hohen Präsenz der Aktionen der *Letzten Generation*. Juristisch steht diese Gruppe dort stark unter Druck und wird medial ohnehin stark kritisiert bis diffamiert – ein Umstand, der es der bayerischen Einsatzleitung wohl erleichterte, einen Großeinsatz gegen Proteste der Klimagerechtigkeitsbewegung während der IAA generell zu legitimieren.

Zum 25. August hatte die Stadt München bereits eine Allgemeinverfügung zur „präventiven Gefahrenabwehr“ erlassen⁶, mit der unangekündigte Versammlungen im Münchener Stadtgebiet weiträumig untersagt wurden.⁷ Diese schien unmittelbare Reaktion auf die angekündigten Proteste der *Letzten Generation* zu sein, die verlautbart hatten, München zur Hochburg des Widerstands gegen das Klimaversagen der bayerischen Landesregierung zu machen. Daraufhin sollten Versammlungen „im Zusammenhang mit Klimaprotesten“, bei denen sich Menschen mit der Fahrbahn „verbinden“ bzw. Menschenketten bilden, durch die Allgemeinverfügung gänzlich unterbunden werden und die Teilnahme daran wurde strafbewehrt. Die Allgemeinverfügung trat am Freitag, 25. August, um 12 Uhr in Kraft und galt bis zum Ende des 12. September – dem von der *Letzten Generation* angekündigten Ende ihrer Proteste in München. Bei Verstößen drohte eine Geldbuße bis zu 3.000 Euro. Die Allgemeinverfügung diente der Polizei in den Tagen während der IAA als zusätzliche Handhabe, Aktionen zu unterbinden und dagegen repressiv vorzugehen.

Nach Aktionen der *Letzten Generation* am 1. und 2. September hatte die Münchener Polizei zuletzt 24 bzw. 27 Personen in Präventivgewahrsam genommen. Am 8. September legte die *Letzte Generation* Einspruch gegen die präventive Inhaftierung von zwei dieser Aktivist*innen ein, für die ein Haftrichter seit Anfang September 30 Tage Präventivgewahrsam angeordnet hatte. Das Landgericht München erklärte die Dauer des Gewahrsams allerdings für rechtswidrig, die beiden Aktivist*innen wurden demzufolge am 10.9. aus der Haft entlassen.⁸

Das Polizeiaufgabengesetz (PAG) Art. 17 regelt das Präventivgewahrsam, das „die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit oder einer Straftat“ verhindern soll. (PAG Art. 17,1). Im Gesetzentwurf

³ www.augsburger-allgemeine.de/bayern/iaa-gegner-aufrufen-zu-protest-gegen-kapitalismus-und-autokonzerne-id67608956.html

⁴ www.tz.de/muenchen/stadt/gegen-die-iaa-bilder-die-wir-in-muenchen-nicht-wollen-tz-kommentar-zu-protest-aktionen-92499711.html

⁵ www.br.de/nachrichten/bayern/einsatz-der-superlative-4-500-polizisten-sichern-die-iaa-ab,ToLJfwv

⁶ auf Grundlage des Art. 15 Abs. 1 BayVersG i.V.m. Art. 35 Satz 2 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG): stadt.muenchen.de/dam/jcr:bc8c7516-2c99-44d6-b4ef-2949a695c069/AV%20Versammlungen%20im%20Zusammenhang%20mit%20Strassenblockaden%20und%20Protestaktionen%20auf%20Autobahnen%20vom%2025.08.2023.pdf

⁷ stadt.muenchen.de/dam/jcr:abc5778f-74cd-4365-afb7-7709c0a192ff/Anlage%201%20zur%20AV%20Versammlungen%20im%20Zusammenhang%20mit%20Strassenblockaden%20und%20Protestaktionen%20auf%20Autobahnen%20vom%2025.08.2023.pdf

⁸ letztegeneration.org/pm/einspruch-gegen-praeventivhaft-eingelegt
letztegeneration.org/pm/vierfacher-freispruch-allgemeinverfuegung-und-verlaengerter-gewahrsam-rechtswidrig

zur PAG-Novelle 2017 hatte es noch geheißen, die „nationale Gefährdung durch verschiedene Formen des Terrorismus und Extremismus sei unverändert hoch“, weshalb bei gravierenden, personifizierbaren Gefährdungslagen der zusätzliche potenzielle Grund der Ingewahrsamnahme des Art. 17 Abs. 1 Nr. 3 PAG Anwendung finden könne.⁹ Die Polizei München erläuterte ihre Auffassung der Rechtslage in einem Tweet.¹⁰ Am 4. September setzte die Polizei München erneut Soziale Medien ein und veröffentlichte ein Video, in dem erklärt wurde, dass wichtige Aufgaben der Polizei weniger bis gar nicht erledigt werden könnten, da die Polizei mit den Protestaktionen der *Letzten Generation* ausgelastet sei.¹¹ In unlauterer Weise intervenierte die Polizei damit in den gesellschaftlichen Diskurs um die Relevanz des menschengemachten Klimawandels und adäquater Maßnahmen, diesen aufzuhalten.

Amnesty International kommentierte die Gewahrsamnahmen im Kontext der IAA als unrechtmäßige Abschreckungsmaßnahme: „Dabei geht es offensichtlich nicht um Gefahrenabwehr, sondern um Abschreckung. Und das darf in einem Rechtsstaat nicht die Antwort auf friedlichen Protest sein. Denn auch störender Protest ist von der Versammlungsfreiheit geschützt.“¹²

Auch andere Akteur*innen gaben ihrem Protest gegen die IAA bereits vor dem offiziellen Start öffentlich Ausdruck. So erschien im Englischen Garten am 22. August ein Banner der Münchener Ortsgruppe von *Ende Gelände*, welches mit dem Slogan „ÖPNV statt Greenwashing für lau“ zu #BlockIAA aufrief. Die Umweltorganisation *Robin Wood* veranstaltete am 1. September eine Versammlung am Odeonsplatz, indem mehrere Aktivist*innen ein Transparent zwischen Masten anbrachten, auf welchem „Saubere Autos sind eine dreckige Lüge“ zu lesen war und dabei grüne Rauchtöpfe gezündet wurden. Nichtregierungsorganisationen wie *Attac*, *Greenpeace* und die *Deutsche Umwelthilfe* forderten am Sonntag, den 3. September auf der Maximilianstraße mehr Bahn- statt Autobahnverkehr. Bei der Aktion hielten Aktivist*innen Buchstaben hoch, die aus der Luft als „AutoBahn“ lesbar waren, der erste Wortteil „Auto“ war rot durchgestrichen.¹³

⁹ www.polizeiaufgabengesetz.bayern.de/assets/stmi/direktzu/190830_abschlussbericht_pag-kommission.pdf (S. 53)

¹⁰ twitter.com/PolizeiMuenchen/status/1699378355794043155

¹¹ twitter.com/PolizeiMuenchen/status/1698780961012355198?s=20

¹² www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/deutschland-klimaschuetzerinnen-praeventivgewahrsam-verstoss-menschenrechte

¹³ www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-letzte-generation-newsblog-iaa-blockaden-polizei-stadelheim-1.6161712

3 MÜNCHEN UND DIE INTERNATIONALE AUTOMOBILAUSSTELLUNG

Nachdem sie viele Jahre in Frankfurt am Main abgehalten wurde, fand die Internationale Automobilausstellung 2023 bereits zum zweiten Mal in Bayerns Hauptstadt statt. Schon bei ihrer Premiere in München im Jahr 2021 wurde sie durch große Proteste begleitet, welchen mit massiver Polizeigewalt begegnet wurde. Getragen wurden die Proteste von einer großen Anzahl von Nichtregierungsorganisationen, Verbänden und aktivistischen Gruppen und Bündnissen. Neben dem Fokus auf Klima und Mobilität wurden in dem Kontext der IAA in München auch stadtpolitische Themen auf die Protest-Agenda gesetzt. Schon damals gab es große Kritik daran, dass die IAA nicht nur in den riesigen Messehallen im Osten Münchens stattfand, sondern auch inmitten der Innenstadt. Grund der Kritik war die hohe Präsenz und die Belegung wichtiger Plätze und Verkehrsachsen. Stadtratsmitglieder der Grünen als auch OB Dieter Reiter verkündeten im Anschluss, dass es eine IAA in dieser Form in Zukunft nicht mehr geben würde.¹⁴

Später stellte sich heraus, dass der Stadt München wohl nichts anderes übrigbleiben würde als den Veranstalter*innen der IAA sowohl 2023 als auch 2025 erneut weite Teile der Innenstadt zu überlassen. Grund dafür waren eine Reihe von Geheimverträgen, welche ohne Einsicht des Stadtrats im Wirtschaftsausschuss verhandelt worden waren und den Veranstalter*innen weitreichende zeitliche und räumliche Zugeständnisse machen. Darüber hinaus sind nahezu keine Vorgaben über die Gestaltung der sogenannten „Open Spaces“ vorgesehen.¹⁵

Und so wurden auch in diesem Jahr weite Teile der Münchner Innenstadt durch Ableger der Automobilindustrie belegt. Neben den kostenpflichtigen Ausstellungsorten innerhalb der Messehallen gab es insgesamt acht „Open Spaces“ in der Münchener Innenstadt. In einer Konsummeile konnten Besucher*innen kostenlos die Stände der verschiedenen Autohersteller besichtigen, Testfahrten machen oder sich Werbegeschenke besorgen. Die „Open Spaces“ nahmen dabei einen nicht zu vernachlässigenden Teil von öffentlichen Plätzen ein und sorgten für weiträumige Umleitungen des Verkehrs, vor allem für Fahrradfahrende.

Neben privaten Sicherheitsfirmen waren spätestens ab der Eröffnung der Automesse am 5. September durchgehend Polizeikräfte an den „Open Spaces“ anwesend. Zusätzlich zu den städtischen Polizist*innen und den Bereitschaftseinheiten aus den verschiedenen Bundesländern war eine hohe Präsenz von Zivilpolizist*innen zu beobachten. Inwieweit sich die von der Polizei im Vorfeld angekündigten Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle von Personalien rund um die „Open Spaces“ bemerkbar machen würden, sollten wir in den Beobachtungstagen feststellen.

¹⁴ www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-iaa-rathaus-streit-1.5409139

¹⁵ www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/das-steht-in-den-geheimvertraegen-der-iaa-art-761940

4 DIE EINZELNEN BEOBACHTUNGSTAGE

4.1 MONTAG, 4. SEPTEMBER – ABSEILAKTION IN NÄHE DER BMW-WELT

Im Zeitraum vom 4. bis zum 7. September waren wir mit nur einem Tandem unterwegs; ab dem 8. September dann mit drei bis vier Tandems pro Tag.

Unser erster Beobachtungstag begann mit einem Besuch der Pressekonferenz auf dem Protestcamp im Luitpoldpark. Einige Medienvertreter*innen waren erschienen. Dort erfuhren wir auch von einer Aktion von Greenpeace am Morgen.¹⁶ An der östlichen Seite des Camps (Borschtallee) zählten wir vier Polizeieinsatzfahrzeuge.

Gegen 11:30 Uhr begaben wir uns zu einer Abseilaktion von *Extinction Rebellion* über dem Georg-Brauchle-Ring in unmittelbarer Nähe zur „BMW Welt“. Die Aktion fand als angemeldete Versammlung statt. Als wir ankamen, waren bereits zwei Fahrspuren stadtauswärts durch die Polizei gesperrt. Auf der dritten Spur konnten die Autos weiterhin fahren. Zwei Kletter*innen hingen an der Brücke über der Straße, ca. 20 weitere Protestierende standen auf der Brücke. Die Autofahrer*innen reagierten teilweise mit drohenden Gesten oder mit lautem Hupen. Es befanden sich einige Münchener Polizist*innen vor Ort. Als wir die Personen auf der Brücke fragten, ob es Probleme bei der

Anmeldung dieser Versammlung gegeben habe, wurde dies verneint. Gegen 13 Uhr machten wir uns auf in die Innenstadt, um uns die Situation an den „Open Spaces“ anzuschauen.

4.2 DIENSTAG, 5. SEPTEMBER – AKTIONEN AM MESSEGELÄNDE UND FAHRRADDEMONSTRATIONEN

An unserem zweiten Beobachtungstag begleiteten wir insgesamt vier Versammlungen.

Um 13 Uhr fand eine angemeldete Aktion des Netzwerks *Attac* vor dem Westeingang der Messehalle in unmittelbarer Nähe zum Messesee an der Olof-Palme-Straße statt. Zehn Aktivist*innen von *Attac* waren vor Ort. Es wurde ein Pappaufsteller mit der Aufschrift „1,5 Grad“ verbrannt. Zahlreiche Journalist*innen waren gekommen. Die Polizei war mit einigen Kräften rund um die Messe im Einsatz, hielt sich bei der Aktion aber im Hintergrund. Die Polizeieinheiten standen jedoch an nahezu allen Straßenkreuzungen mit mehreren Einsatzfahrzeugen und in kleineren Gruppen von vier bis fünf Polizist*innen auf dem Gelände rund um den Messe-See. Für den Nachmittag war die Eröffnung der IAA durch Bundeskanzler Olaf Scholz vorgesehen.

¹⁶ twitter.com/greenpeace_de/status/1698641050150068641



Die Aktion von *Attac* war gegen 13:15 Uhr bereits beendet und wir gingen weiter in Richtung Messegebäude.

Um 13:30 Uhr bemerkten wir dann Bewegung in den Polizeieinheiten, die rund um die Messe standen. Wir entdeckten sieben Personen unmittelbar vor dem Eingang West, die mit Bannern im flachen Messe-See standen und Slogans riefen. Sie hielten Rauchfackeln und vermittelten mit schwarzer Farbe den Anschein, mit Öl übergossen zu sein.¹⁷ Die Aktivist*innen waren Teil von *Extinction Rebellion (XR)*. Schnell waren zahlreiche Bereitschaftspolizist*innen vor Ort. Um 13:33 Uhr hörten wir schon die erste Ansage der Polizei, die Aktivist*innen würden sich auf Privatgrund befinden und sollten herauskommen, sonst würden sie geräumt werden. Nach kurzem Besprechen entfernten sich die Aktivist*innen von allein aus dem flachen Gewässer und wurden direkt von ca. 15 Bereitschaftspolizist*innen umstellt. Ihnen wurde ein Hausverbot und ein Platzverweis erteilt. Alle sieben Personen wurden abgeführt und einzeln einer Personalienfeststellung und Durchsuchung unterzogen. Als wir gegen 15 Uhr die Örtlichkeit verließen, war die Maßnahme noch nicht beendet.

Um 14 Uhr erreichte die Fahrraddemonstration „Ohne Kerosin nach Bayern“ das Messegelände. Es waren etwa 80 Personen auf Rädern, begleitet von wenigen Polizeieinsatzfahrzeugen und Fahrrad-Polizist*innen. Als sie bemerkten, dass sich die sieben *XR*-Aktivist*innen in einer Polizeimaßnahme befanden, verließen sie kurz ihren Pausenplatz und zeigten sich solidarisch, indem sie Slogans riefen. Nach etwa einer Stunde Pause und einer Zwischenkundgebung fuhr die Fahrraddemonstration weiter in Richtung Innenstadt. Wir schlossen uns an. Auf diesem Abschnitt verstärkte sich das Polizeiaufgebot. Wir zählten fünf Motorrad-Polizist*innen, die links neben der Demonstration mitfuhren und diese wiederholt sehr schnell und eng überholten. Außerdem waren sechs bis acht Fahrrad-Polizist*innen dabei, die in der Demo oder links von ihr fuhren; hinter dem Demozug folgten fünf bis sechs Polizeieinsatzfahrzeuge. Wir begleiteten die Fahrenden bis zur ihrer Zwischenkundgebung am Marienplatz.

Wie wir später telefonisch erfuhren, wurde die Demonstration danach noch am Odeonsplatz kurzzeitig von der Polizei aufgehalten. Bei einem Gespräch mit einer Pressesprecher*in hörten wir, dass früher am Tag eine ähnliche Situation stattgefunden hatte, bei der Aktivist*innen auf dem Weg zur Toilette aufgehalten und auf ihre Personalien kontrolliert wurden.¹⁸ Wir stellten den Protestteilnehmenden gegenüber teilweise eine angespannte Stimmung

fest – Autofahrende hupten und zeigten den Mittelfinger; Passant*innen schüttelten den Kopf, beleidigten Einzelpersonen oder warfen in mindestens einer Situation mit Müll auf die Protestierenden.¹⁹

Unsere letzte Versammlung für den Tag war eine antirassistische Fahrraddemonstration von der *Karawane München*. Um 18 Uhr trafen sich etwa 40 Radfahrer*innen vor der SPD-Zentrale am Oberanger 28. Als wir gegen 18:15 Uhr starteten, war das Polizeiaufgebot groß: wieder begleiteten uns sechs bis acht Fahrrad-Polizist*innen, dazu mehrere Motorräder und mindestens zehn Polizeieinsatzfahrzeuge, die mit Blaulicht hinter der Demonstration fuhren. Um 18:30 Uhr bogen die Protestierenden in Richtung Odeonsplatz ein und damit an einen der „Open Spaces“, um eine Zwischenkundgebung abzuhalten. Auf dem Weg lag auch der u.a. von Porsche genutzte „Open Space“ am Wittelsbacherplatz. Diesen schirmten etwa 50 Polizist*innen aus Hamburg ab, Schulter an Schulter – teilweise mit Helmen an der Seite. Ein Stück weiter, direkt am



Der „Open Space“ von Porsche und Audi wird am 5. September durch eine Kette aus Polizist*innen „geschützt“. © Grundrechtekomitee

¹⁷ twitter.com/MucRebellion/status/1699122907434066112

¹⁸ twitter.com/ohnekerosin/status/1699010780002210173

¹⁹ twitter.com/ohnekerosin/status/1699380968736411836

Odeonsplatz, standen ebenfalls zahlreiche Einheiten und mindestens zehn Polizeieinsatzfahrzeuge. Die Szenerie bei der Zwischenkundgebung wirkte eher wie ein Polizeikessel als eine Begleitung durch die Polizei. Ringsum sprachen uns immer wieder Passant*innen an, ob die vielen Polizeibeamt*innen ernsthaft wegen 40 Radfahrer*innen vor Ort waren. Auch innerhalb der Fahrraddemonstration herrschte Verwunderung über das Polizeiaufgebot. Nach etwa zehn Minuten setzte sich die Demonstration wieder in Bewegung und fuhr ohne Zwischenfälle zum Protestcamp.

4.3 MITTWOCH, 6. SEPTEMBER - BESUCH DES PROTESTCAMPS IM LUITPOLDPARK

An unserem dritten Beobachtungstag besuchten wir das Protestcamp. Rund um das Camp fielen uns vor allem an der Ost- und der Westseite einige Polizeieinsatzfahrzeuge auf, die mit ED-Verarbeitungstischen ausgestattet waren. Außerdem liefen im Park in unmittelbarer Nähe zum Camp Bereitschaftspolizei und zivile Polizist*innen auf und ab. Zudem waren Polizist*innen auf Pferden unterwegs. Wir kamen mit einigen Campbesucher*innen ins Gespräch. Dabei wurde uns erzählt, dass am Nachmittag eine Critical Mass²⁰ losgefahren war und in der Nähe des Camps angehalten und durch Polizei gekesselt wurde. Diese Situation wird ausführlich in einem Tweet beschrieben.²¹

²⁰ Eine Critical Mass bezeichnet einen Verband von mindestens 15 Fahrrädern, deren Rechte laut StVO Paragraph 27 geregelt sind. Gemeinhin wird eine Critical Mass nicht als Versammlung definiert und fällt somit nicht unter das Versammlungsrecht, eine Anmeldepflicht besteht nicht.

²¹ twitter.com/NiceBastard/status/169954219942211763



Außerdem haben wir bei den Campmelder*innen nachgefragt, ob es spezifische Probleme bei der Anmeldung des Camps gab. Uns wurde gesagt, dass sich die Kooperation mit dem Kreisverwaltungsreferat (KVR) als zuständige Versammlungsbehörde bisher als gut darstelle. Im Gegensatz zum Jahr 2021 konnte das Protestcamp nicht wieder auf der Theresienwiese aufgebaut werden, weil dieses Jahr dort schon der Aufbau des Oktoberfestes begonnen hatte.

4.4 DONNERSTAG, 7. SEPTEMBER - VERSUCHTE AKTIONEN AM CAMP UND AN DEN „OPEN SPACES“

Am Vortag wurde für den Donnerstag eine Aktion mit sogenannten Geh-Zeugen angekündigt.²² Diese Ankündigung veranlasste die Polizei offenbar dazu, diverse Maßnahmen durchzuführen. Bei drei von ihnen waren wir beobachtend anwesend:

Als wir um 10:30 Uhr zum Camp kamen, fanden wir im Osten der Fläche eine Polizei-Kontrolle vor. Einer Person waren Handschellen angelegt, mindestens zwei weitere Personen befanden sich ebenfalls in der Polizeimaßnahme. Sie standen um einen Leihtransporter herum. Es waren etwa 50 Polizist*innen anwesend; auch ein Polizeikamerawagen mit ausgefahrener Kamera stand in unmittelbarer Nähe. Wir gingen mit Menschen vor Ort ins Gespräch

und erfuhren, dass der Transporter vom Camp losgefahren war und dann von der Polizei angehalten worden sei. Diese verlangte, dass die Ladefläche aufgemacht werde, auf der sich einige Holzlatten befanden. Die Polizei argumentierte daraufhin, dass angesichts der Ankündigung vom Vortag die Holzlatten beschlagnahmt werden sollten; jedenfalls nicht weitergefahren werden dürfe. Da wir die Anfangssituation nicht beobachtet hatten, sondern erst später dazugekommen sind, können wir nur über den Verlauf der Kontrolle berichten. Diese dauerte bis ca. 11:20 Uhr. Wir fragten nach der Begründung für das Filmen. Als Antwort erhielten wir, es handle sich nur um Übersichtsaufnahmen. Die gefesselte Person fragte nach dem Grund für die Handschellen. Der Polizist in ihrer Nähe antwortete, dass er nicht zuständig dafür sei und es sich um eine Maßnahme „einer geschlossenen Einheit handle, bei der das halt so ist“. Nach weiterer Diskussion wurden die Handschellen aber entfernt.

Die Personen wurden schließlich aus der Maßnahme entlassen. Nach einigen Debatten wurde erlaubt, den Transporter wieder auf das Camp zu fahren und dort die Latten auszuladen. Die Latten wurden nicht beschlagnahmt, da laut Versammlungsleitung des Camps die Latten Versammlungsmittel seien. Die Abfahrt wurde von der Einsatzleitung kommentiert mit „Wir werden keine Latten losfahren lassen“.

²² Bei Geh-Zeugen handelt es sich um Holzkonstruktionen mit den Maßen eines Autos/SUV, die man sich als Fußgänger*innen umschnallen kann, um zu verdeutlichen, wie viel Platz eine Einzelperson im öffentlichen Raum einnimmt, wenn sie Auto fährt. Rechtlich wird sich hierbei häufig auf Paragraph 25 StVO bezogen, welcher besagt, Fußgänger*innen mit übermäßig sperrigen Gegenständen sind dazu verpflichtet, für den Transport die Fahrbahn zu nutzen, sollten sie ansonsten andere Fußgänger*innen behindern.



Eine Person wird in einem sogenannten Geh-Zeug von der Polizei aufgehalten © Moritz Heck

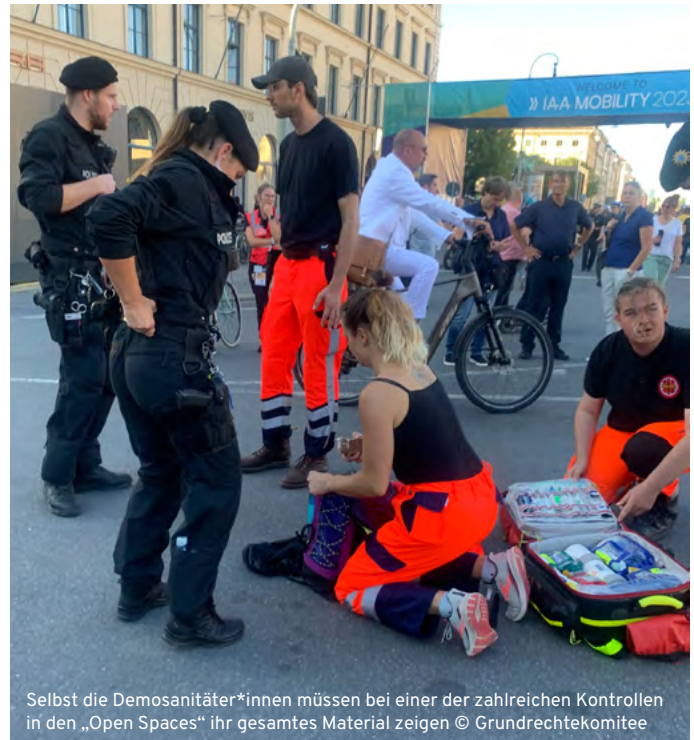
Kurze Zeit später trafen wir auf eine Polizei-Kontrolle in der Nähe der U-Bahn-Station Scheidplatz. Wir beobachteten wie Personalien überprüft und Taschen durchsucht wurden. Auf Nachfrage bei der Polizei hieß es, es handele sich um eine „Vorkontrolle vor einer Versammlung nach PAG Absatz 13“.

Gegen kurz nach 15 Uhr fand eine weitere Critical Mass statt, die wir ebenfalls begleiteten. Sie hatte ein Geh-Zeug (siehe FN 7) in der Mitte. Die Person im Geh-Zeug schaffte es zwar auf die Straße, wurde aber dort direkt von der Polizei gestoppt – die Polizist*innen waren sichtlich nervös. Sie schrien Personen auf dem Gehweg an, dass sie Platz machen sollten. Die Critical Mass bewegte sich ein Stück weiter, wurde aber auf der Angerstraße Höhe Hausnummer 21 gekesselt. Es waren 15 Fahrradfahrende und etwa 20 Polizist*innen mit sieben Fahrzeugen vor Ort. Schnell kamen weitere Personen vom Camp zu der Situation hinzugelassen und nach einigem Hin und Her wurde der Kessel aufgelöst und die Radfahrenden ohne Abgabe von Personalien fahren gelassen. Die Person mit dem Geh-Zeug hingegen wurde weiterhin festgehalten. Wir verließen die Situation, um in die Stadt zu fahren. Wir erfuhren später, dass das Geh-Zeug beschlagnahmt wurde.

Bevor wir in Richtung Innenstadt aufbrachen, beobachteten wir gegen 16 Uhr weitere Kontrollen von Personalien und Taschendurchsuchungen am Scheidplatz.

Um 17:26 Uhr kamen wir zu einer Situation am Odeonsplatz hinzu, in welcher Personen, die anscheinend zu *Extinction Rebellion (XR)* gehörten, sich zum „Open Space“ bewegten. Sie wurden nach kürzester Zeit von der Polizei gekesselt, durchsucht und abgeführt. Kurz danach wurden wir ebenfalls angehalten und nach Ausweisen gefragt. Nach Androhung einer Taschenkontrolle gaben wir unsere Personalien an. Unser Verweis, wir seien als Demobeobachter*innen unterwegs, veranlasste die Polizei nicht, die Kontrolle abubrechen. Wir blieben am Odeonsplatz und beobachteten wie weitere Personen kontrolliert wurden; auch als solche erkennbare Demosanitäter*innen mussten ihre Taschen leeren inklusive der medizinischen Materialien. Eine Person berichtete uns, dass in einer dieser Kontrollen Fotos von ihren Fingerkuppen gemacht worden seien, um die Identität festzustellen. Wir kamen zudem gegen 18 Uhr zu einer Festnahme dazu, bei der eine Person am Boden lag und die Polizei ihre Hand nach hinten verdrehte, um Handschellen anzulegen. Für uns war nicht ersichtlich, was dieser Festnahme vorausgegangen war.

Etwa eine halbe Stunde später wurden wir erneut angehalten und nach unseren Ausweisen gefragt. Auch hier wurde unsere Beobachtungsrolle von den Polizist*innen nicht respektiert.



Selbst die Demosanitäter*innen müssen bei einer der zahlreichen Kontrollen in den „Open Spaces“ ihr gesamtes Material zeigen © Grundrechtekomitee

4.5 FREITAG, 8. SEPTEMBER – BLOCKADE AM BMW WERK DINGOLFING UND DEZENTRALE AKTIONEN IN DER INNENSTADT

Unser fünfter Beobachtungstag war gleichzeitig der erste angekündigte Aktionstag unter dem Motto #BlockIAA. Wir waren mit vier Beobachter*innen-Tandems unterwegs. Wir beobachteten an diesem Tag eine Blockade am Werkstor von BMW in Dingolfing, verschiedene Aktionen rund um die „Open Spaces“ sowie eine Critical Mass. Der Tag startete jedoch zunächst mit der Beobachtung zahlreicher Kontrollen in unmittelbarer Nähe des Camps im Luitpoldpark.

Kontrollen rund ums Camp

Wir kamen gegen 8:50 Uhr an der Haltestelle Scheidplatz im Osten des Parks an. Es herrschte ein größeres Polizeiaufgebot – insgesamt zählten wir allein dort acht Polizeieinsatzfahrzeuge. Wir beobachteten direkt eine Personenkontrolle von zwei Personen, bei welchen die Taschen durchsucht und einzelne darin befindliche Aufkleber begutachtet wurden. Nach Angabe der Personalien konnten beide Personen gehen.

Nur wenige Meter weiter – direkt am östlichen Eingang des Camps auf der Borschtallee – beobachteten wir eine weitere Kontrolle. Diesmal befanden sich drei Personen in der Maßnahme. Wir hörten die Polizei nach Ausweisen fragen. Als die Personen diese nicht zeigten, wurden sie

in ein Polizeieinsatzfahrzeug gesetzt mit der Ansage, sie würden jetzt auf die Hauptwache in der Ettstraße gebracht. Zuvor musste eine Person noch Sicherheitsnadeln ablegen, die an ihrer Kleidung befestigt waren.

Wir gingen in Richtung des Obeliskens im Süden des Parks weiter und sahen eine Vielzahl von Polizeieinsatzfahrzeugen und zivilen Polizeifahrzeugen auf der Borschtallee. Auf der Karl-Theodor-Straße befand sich hingegen wenig Polizei. Das änderte sich, als wir vom Obeliskens zurück durch den Park in Richtung Südeingang des Camps und dann weiter in Richtung Westseite des Parks liefen.

Im südwestlichen Teil des Parks trafen wir um 9:09 Uhr auf eine weitere Kontrolle. Wir sahen eine Person in einer Maßnahme. Eine Ordner*in vom Camp kam auf uns zu und teilte uns mit, dass diese Art von Kontrollen schon den ganzen Morgen durchgeführt würden. Sowohl An- als auch Abreisende würden kontrolliert; am Morgen seien auch die als solche gekennzeichneten Ordner*innen des Camps kontrolliert worden.

Zehn Minuten später trafen wir am westlichen Eingang des Parks an der Bamberger Straße auf eine Kontrolle von vier Personen. Nachdem diese abgeschlossen war, fragten wir die bayerischen Einsatzkräfte nach Grund und Verlauf der Kontrolle. Ein Beamter erklärte, es hätte sich um eine verdachtsunabhängige Personalienkontrolle gehandelt und nachdem die Taschen durchsucht worden seien und nichts gefunden wurde, hätten die Kontrollierten weitergehen dürfen.

Kurze Zeit später trafen wir auf eine Person, die die Polizei ebenfalls nach dem Grund der flächendeckenden Kontrollen gefragt hatte. Sie hätte erfahren, dass ab 150 Metern um das Camp herum Kontrollen durchgeführt würden, da für die Polizei dort die Versammlung des Camps nicht mehr gelten würde. Außerdem läge eine Gefahrenprognose vor, da es am Vorabend auf dem Camp geheißen habe, etwa 60 Personen wollten sich vom Camp entfernen, um Straftaten zu begehen. Woher genau die Informationen stammten, wurde hingegen nicht beantwortet.

In den darauf folgenden Stunden beobachteten wir viele weitere solcher Kontrollen. Der Versammlungsleiter des Camps war in ständigem Austausch mit dem Kreisverwaltungsreferat (KVR) und pochte auf den vom Versammlungsschutz gedeckten, freien Zu- und Abgang von einer angemeldeten Versammlung.

Um 11:20 Uhr hielt die Polizei eine Gruppe von circa zehn Personen kurz vor dem U-Bahnhof am Scheidplatz fest; daneben befand sich eine weitere Gruppe von drei Personen. Es waren 22 Polizist*innen zugegen, zwei von ihnen filmten die Szene aus geringer Entfernung. Wir wurden außer Hörweite der Kontrolle geschickt. Die drei Personen wurden durchsucht und mindestens eine Person gab ihre Personalien an. Währenddessen traf der Versammlungsleiter des Camps ein und nach dem Verweis darauf, dass die größere Gruppe nur schwimmen gehen wolle, wurde diese gegen 11:33 Uhr gehen gelassen.

Um 11:48 Uhr beobachteten wir eine Kontrolle von zwei Personen einer Sambagruppe, die ebenfalls auf dem Weg zur U-Bahn waren. Sie wurden aufgehalten, durchsucht und ihre Personalien kontrolliert. Nach etwa zehn Minuten durften sie weitergehen.



Eine der zahlreichen Personenkontrollen am Camp; im Hintergrund die als Reaktion darauf angemeldete Mahnwache © Moritz Heck

Als Reaktion auf die anhaltenden Kontrollen wurde vom Camp aus eine Mahnwache am Eingang zur U-Bahn-Station Scheidplatz angemeldet. Um 14:10 Uhr war der Aufbau in vollem Gange – es handelte sich um eine Biertischgarnitur und ein Banner sowie zwei Personen, die alles aufbauten. Dafür waren zehn Polizist*innen sowie Mitarbeitende des KVR anwesend und die Position des Biertischs und des Banners wurde minutiös ausdiskutiert. Eine Polizist*in fragte um 14:20 Uhr den Anmelder, ob denn jetzt offizieller Beginn der Versammlung sei. Als dieser das bejahte, machte sie sofort darauf aufmerksam, dass die Person am Tisch verumumt sei. Im weiteren Verlauf des Tages konnten wir keine weiteren Personenkontrollen beobachten, zwar fuhr immer wieder Einsatzwagen rund um den Park, aber wohl nur, um andere Einheiten abzulösen.

Die Aktion in Dingolfing von Sand im Getriebe

Eines unserer Beobachtungs-Tandems erreichte gegen 12:30 Uhr das BMW Werk 02.40 Tor 4 in Dingolfing. Es war sehr warm und sehr sonnig; ohne Schatten. Eine Gruppe von ca. 150 Personen stand in der Sonne vor dem Tor und blockierte den Eingang, zwei Seiten waren umgeben von Bannern und oben mit Regenschirmen und Rettungsdecken gegen die Sonne abgeschirmt. Neben Tor 4 befand sich ein kleines Gebäude mit Büro und Sanitärräumen für LKW-Fahrer*innen. Davor standen rund 30 Personen, die das Geschehen beobachteten und kommentierten: Angestellte der BMW-Group, die Werksfeuerwehr und diverse Beamt*innen der Polizei.

Der Einsatzleiter habe verschiedentlich davor gewarnt, dass die Gruppe sich festkleben könnte, wird uns von Anwesenden vor Ort berichtet.

Die blockierende Gruppe sollte auf Verlangen der Polizei eine Versammlungsleitung benennen. Dazu kam es aber nicht. Eine andere Person meldete unabhängig davon eine Solidaritäts-Mahnwache an. Deren Pavillon als Sonnenschutz durfte allerdings nicht aufgebaut werden, weil die Stangen laut Polizei als Waffen eingesetzt werden könnten.

Auf dem vorgelagerten Parkplatz standen diverse parkende LKWs. Die Fahrer brauchten zur Einfahrt auf das BMW-Werksgelände ein Papier, das sie sich in dem Büro neben dem geschlossenen Tor 4 holen mussten. Wir sahen, dass die LKWs über den Parkplatz das Gelände verlassen, sie tauchten dann aber nach einigen Minuten hinter dem Tor 4 auf dem Werksgelände auf und wurden offensichtlich umgeleitet. Um 14 Uhr führten wir ein Gespräch mit dem Pressesprecher der BMW-Group. Er sagte, die Blockade sei total nutzlos, da die LKWs durch ein anderes Tor umgeleitet würden. Die Protestierenden könnten seiner Meinung nach nach Hause gehen.

Um 14:07 Uhr kamen mehrere Polizeieinsatzfahrzeuge der bayerischen Bereitschaftspolizei und der Beweissicherungseinheit (BeSi) aus Würzburg und filmten. Die 20 Polizist*innen trugen Handschuhe, aber keine Helme. Die Einsatzleitung machte eine Durchsage an die Protestierenden, die jedoch durch deren lautes Rufen von Parolen nicht verständlich war.



Um 14:19 Uhr provozierten fünf Polizist*innen die Gruppe, indem sie an den Bannern zogen, sie herunterdrückten bzw. zur Seite schoben, um zu schauen, was in der Gruppe der Aktivist*innen passierte. Kurz danach machte die Polizei eine weitere Durchsage: Die Gruppe blockiere das BMW-Werk und die Polizei werde diese Ansammlung als Versammlung. Die Polizei machte Fotos von den einzelnen Bannern. Neben den uniformierten waren auch vier bewaffnete Polizist*innen in Zivil vor Ort. Ein Polizist fotografierte die Person von der angemeldeten Mahnwache. Diese beschwerte sich später und fragte vergeblich nach dem Namen des Beamten, den das nicht interessierte. Die Polizist*innen unterhielten sich, sinngemäß: „Die eine Gruppe ist unproblematisch, die andere aber ein Problem, die machen gewissermaßen Zivilen Ungehorsam“.

Um 15:09 Uhr fand ein Plenum der Gruppe vor dem Tor statt. Gegen 15:13 Uhr standen weiterhin 13 Polizist*innen in 2er-3er Grüppchen bei der Blockade. Es handelte sich nicht um einen Kessel, die Menschen konnten hinein und raus, um Wasser zu holen oder aufs Klo zu gehen. Es schien uns, dass die geringe Zahl an Polizeibeamt*innen die Situation nicht nach ihren Vorstellungen beenden konnte. Eine Stunde später gab es eine erneute Durchsage. Diesmal wurde hinzugefügt, die Gruppe solle aufstehen und weggehen, ansonsten würde die Versammlung aufgelöst – wenn nötig auch mit unmittelbarem Zwang – und es würde eine Identitätsfeststellung erfolgen. Außerdem hätten die Personen die Kosten des Einsatzes zu tragen. Diese Durchsage wurde sechs Minuten später – um 16:19 Uhr – wiederholt. Gegen 16:30 Uhr waren bereits 14 Polizeieinsatzfahrzeuge vor Ort; einer davon war mit einem Schild „DuSu“ für Durchsuchung beschriftet. Weitere Polizist*innen stellen sich um die Gruppe Protestierender. Es kam ein Gefangenentransporter auf den Parkplatz gefahren.

Daraufhin wurde von der Gruppe das Gespräch mit der Einsatzleitung der Polizei Niederbayern gesucht, um den Vorschlag zu unterbreiten, dass die Gruppe als Spontandemonstration zum Bahnhof Dingolfing gehen könne. Dies solle dann ohne Personalienabgabe erfolgen.

Zwei Personen aus der Gruppe baten uns, bei der Verhandlung mit der Einsatzleitung zugegen zu sein als neutrale Beobachter*innen.

Der Einsatzleiter erbat sich fünf Minuten Bedenkzeit. Um 16:39 Uhr erfolgt eine dritte Durchsage. Nach deutlich mehr als fünf Minuten kehrte der Einsatzleiter zurück. Er willigte in den Vorschlag der Protestierenden ein, die Gruppe solle aber so schnell wie möglich aufbrechen und auf dem Fahrradweg laufen, die Versammlung wäre automatisch am Bahnsteig beendet. Die Gruppe könne ihre Masken, Kopfbedeckungen, Brillen und Anzüge weiterhin tragen.

Gegen 17:15 Uhr lief die Gruppe als Demonstration unter Leitung der Person, die auch die Mahnwache angemeldet hatte, los. Ein Videowagen der Polizei fuhr vorweg. Die Demo wurde seitlich in losem Spalier begleitet, vorn liefen mehrere Polizist*innen, sie trugen ihre Helme seitlich an der Uniform. Hinter der Demo folgten die Polizeieinsatzfahrzeuge. Der ganze Demozug lief ohne Zwischenfälle das BMW-Werk entlang, es wurde gesungen und Parolen gerufen.

Um 17:40 Uhr überquerte die Demo die Brücke hin zum Ort und verließ den Radweg parallel zur Brumather Straße auf Höhe der Römerstraße in Richtung eines großen Werkgeländes. Auf dem Weg hören wir den Einsatzleiter in sein Telefon sprechen. Er teilt einer offenbar vorgesetzten Person mit, dass er etwas (unklar was) nicht machen könne, er habe den Aktivist*innen sein Wort gegeben, dann hört er wieder der Stimme am Telefon zu und erwidert noch einmal etwas.

Eine Viertelstunde später wandte sich der Einsatzleiter auf der Schwaiger Straße an die Demo und sagte, es sei problematisch, mitten durch den Ort Dingolfing mit Vermummung zu laufen, die Vermummung müsse weg. Wir vermuteten, der plötzliche Stimmungsumschwung hängt mit einem Befehl zusammen, den der Einsatzleiter am Telefon erhalten hat.

Aus der Demo heraus kommen Einwände, dass dort im Gewerbegebiet ja niemand unterwegs sei, der das sehen könne und etwaige Vermummung auch zuvor keine Rolle gespielt hätte. Dem Einsatzleiter wird vorgeworfen, sein Wort zu brechen. Es wird gefragt, was denn als Vermummung gewertet würde. Die Masken sah der Einsatzleiter nun als Problem, auch die Kopfbedeckungen. Nach längerer Diskussion wurde sich mit dem Versammlungsleiter geeinigt, die Demo zu bitten, die Kapuzen der Anzüge vom Kopf zu ziehen.

Gegen 18:10 Uhr setzten die Protestierenden den Vorschlag um und die Demo durfte weitergehen. Kurz darauf bog die Demo in die Bahnhofstraße ab – der Bahnhof war bereits in Sichtweite – als eine große Gruppe Polizist*innen vom Bahnhof kommend sich der Gruppe in den Weg stellte und den Weg zu den Bahnsteigen abschnitt. Der Einsatzleiter sagte, die Vermummung sei wirklich ein Problem und er würde nun hier alle Personen kontrollieren müssen. Die Gruppe war fassungslos, der Einsatzleiter wurde erneut darauf hingewiesen, dass er bei seiner Entscheidung Ermessensspielraum habe. Der Einsatzleiter forderte den Versammlungsleiter auf, die Versammlung zu beenden. Dieser verweigerte dies. Daraufhin kündigte der Einsatzleiter die Auflösung seitens der Polizei an – dagegen legte der Leiter Widerspruch ein. Ungeachtet dessen löste der Einsatzleiter die Versammlung auf.

Die Teilnehmenden setzten sich daraufhin erst einmal hin. Die Polizei baute vor dem Bahnhof eine Reihe von Polizeieinsatzfahrzeugen auf für die sogenannte ED-Behandlung (erkennungsdienstliche Behandlung). Die Fahrzeuge waren bereits entsprechend ihrer Funktion (Fotografieren, Durchsuchung, Personalien) beschriftet.

Die Polizist*innen begannen, die sitzenden Personen einzeln zu den Kontrollstellen zu tragen und sie dort der Maßnahme zu unterziehen. Ein Toilettengang im Bahnhof wurde nur in Polizeibegleitung gewährt. Auch die Anmelder*innen der Mahnwache sollten gegen 19:30 Uhr zur ED-Behandlung. Sie konfrontierten den Einsatzleiter damit, dass offensichtlich sei, dass sie weder eine Straftat begangen hätten noch verummumt seien. Der Einsatzleiter erklärte, der Grund für die Identitätsfeststellung sei, dass sie auf dem Weg nach München seien und dort möglicherweise z.B. morgen an einer anderen Versammlung teilnehmen könnten und das erlaube die heutige Identitätsfeststellung nach Polizeiaufgabengesetz. Wir haben nicht mehr verfolgen können, wie diese Situation ausgegangen ist.

Uns Beobachter*innen wurde der Zugang zur ED-Behandlungsstraße verwehrt. Die Durchsuchten erhielten keine Protokolle der Maßnahme, nur etwaige Beschlagnahmungen wurden quittiert. Wir hörten von einigen, dass keine Fingerabdrücke abgenommen wurden.

Polizist*innen kontrollieren willkürlich Personen mit vermeintlich alternativem Erscheinungsbild auf den „Open Spaces“ © Moritz Heck

Um 21:24 Uhr fuhr eine erste Gruppe mit dem Zug nach München. Sie wurden von drei Polizist*innen begleitet. Um 22:15 Uhr war die gesamte Maßnahme beendet und die letzten Protestierenden fuhren mit dem Zug um 22:23 Uhr nach München und wurden von 15 Polizist*innen begleitet.

Auf dem Bahnsteig am Münchener Hauptbahnhof warteten bereits mehrere Dutzend Polizist*innen, die die Gruppe bis in die U-Bahn hinein begleiteten.

Rund um die „Open Spaces“

Ein Tandem traf sich gegen 10 Uhr vor der Frauenkirche nahe Marienplatz beim „Citizen Lab“ der IAA, dort war bereits eine stärkere Polizeipräsenz zu bemerken. Auch entlang der „Open Spaces“ in der Ludwigstraße und am Odeonsplatz waren etliche 4er-Gruppen Polizist*innen unterwegs, mehrere Male fiel uns auf, dass wir von diesen gemustert wurden – eine Kontrolle erfolgte jedoch zu keinem Zeitpunkt. Um die Mittagszeit beobachteten wir eine Personenkontrolle am Odeonsplatz: Eine junge Person, etwa Mitte 20 und tendenziell alternativ gekleidet, wurde von einer 4er-Gruppe Polizist*innen kontrolliert. Nachdem sie nach einigen Minuten und nach Prüfung der Identität ihren Ausweis zurückerhalten hatte, verabschiedete sie sich auf Englisch von den Polizist*innen – die Vermutung liegt nahe, dass es sich um eine Touristin handelte, die aufgrund ihrer Erscheinung (Nasenpiercing, alternativer Kleidungsstil) kontrolliert wurde.



Gegen 13 Uhr bekamen wir die Nachricht, dass für 14 Uhr eine Mahnwache am Rindermarkt angemeldet worden sei, woraufhin wir uns auf den Weg machten und etwa von 13:30 Uhr bis 14:15 Uhr umsonst danach suchten. Gegen 15:30 Uhr machten wir uns auf den Weg zum Scheidplatz. Als wir einige Minuten an der Maximilianstraße Höhe Odeonsplatz standen, um uns zu orientieren, fiel auf, wie viele Zivilpolizist*innen in der Stadt unterwegs waren. Sie hatten uns offenbar ins Auge gefasst, denn mindestens drei von ihnen stellten sich mit einigen Metern Abstand um uns herum auf, während sie recht ernsthaft in ihre Headsets redeten. Die Stimmung bei der Polizei war hier wohl angespannt, weil es zeitgleich zu einer Trommel-Aktion von XR am Odeonsplatz gekommen war, bei der bereits ein anderes unserer Tandems anwesend war.

Das zweite Tandem hielt sich bereits seit 11 Uhr in der Innenstadt auf. Wir beobachteten dort um 11:45 Uhr eine erste Kontrolle auf der Ludwigstraße. In diesem Zuge wurden auch wir als das Beobachter*innen-Tandem erneut nach Personalien gefragt. Die Polizei sagte uns, zivile Kräfte hätten sie informiert, weil die wir uns „konspirativ“ verhalten hätten und zudem gestern schon kontrolliert worden seien. Es wurde ihnen erneut unsere Beobachter*innenrolle erklärt, aber die Maßnahme wurde nicht abgebrochen. Um 12:15 Uhr beobachteten wir fünf oder sechs Journalist*innen, die neben dem VW-Stand auf der Ludwigstraße auf dem Boden sitzend von Polizist*innen gekesselt waren und kontrolliert wurden. Auf Nachfrage sagten sie, dass das bereits zum zweiten Mal passiert sei. Kurz darauf sahen wir hinter dem VW-Stand neun Menschen, die von der Polizei festgehalten wurden. Anscheinend wurden zwei von der Polizei mitgenommen, da wir sie im Nachgang nicht mehr sehen konnten drei erhielten einen Platzverweis.

Die Polizei schickte uns wiederholt weg, mit dem Verweis, wir befänden uns im Sicherheitsbereich des Innenministeriums. Um 13:45 Uhr wurde eine Trommelgruppe am Marienplatz gekesselt, sie konnten allerdings spielen. Nach einigen Debatten innerhalb der Gruppe und mit anwesenden Kommunikationspolizist*innen setzte sich die Gruppe in den Schatten auf dem Odeonsplatz. Die Polizei blieb vor Ort.

Gegen 15:45 Uhr stand die Trommelgruppe gemeinsam mit weiteren Protestierenden vor dem VW-Stand auf der Ludwigstraße. Es waren außerdem vier Begleitpersonen einer parlamentarischen Beobachterin der Grünen vor Ort. Sie erzählten, auch sie seien von der Polizei kontrolliert worden, obwohl sie mit der sichtbaren Grünen-Weste als Parlamentarische Beobachter*innen erkennbar waren. Sie erzählten uns außerdem, dass die Trommelgruppe von etwa 20 Personen inzwischen eine Versammlung angemeldet habe, die bislang „geduldet“ würde. Um sie herum standen in diesem Moment etwa 30 Polizist*innen – teilweise in Zivil.

Critical Mass am Abend

Am Abend war eine Critical Mass angekündigt, welche um 18:30 Uhr von der Theresienwiese aus starten sollte. Auf dem Weg dahin kamen etwa 20 Radfahrende am Verkehrsmuseum oberhalb der Theresienwiese vorbei, auf der Suche nach dem Treffpunkt. Sie spielten Musik und hatten ein bis zwei Fahnen an ihren Fahrrädern befestigt. Sie wurden von der Polizei aufgehalten mit der Ansage, sie würden als Versammlung gelten und es brauche jetzt eine Versammlungsleitung. Nach einigem Hin und Her und dem Ankommen weiterer Polizist*innen durften die Radfahrenden dann doch zum eigentlichen Startpunkt; begleitet von einem Motorradpolizisten. Die Critical Mass selbst konnte mit Polizeibegleitung ohne Probleme durch die Stadt fahren und wurde dabei nicht als Versammlung gewertet.

4.6 SAMSTAG, 9. SEPTEMBER – AKTIONEN VON SMASH IAA, NO FUTURE FOR IAA, EIN RAVE UND EINE GEH-ZEUG-DEMO

Wir waren an diesem Tag mit vier Tandems unterwegs.

Aktion von Smash IAA

Wir kamen gegen 12:30 Uhr an der Filiale von Mercedes-Benz (dem sogenannten Mercedes-Tower) an der Donnersbergerbrücke an. Zu diesem Zeitpunkt standen etwa 120 bis 150 Protestierende mit großen Bannern auf dem Vorplatz der Filiale; außerdem ca. vier Demo-Sanitäter*innen. Ebenfalls vor Ort waren viele Polizeieinsatzkräfte inklusive sechs Polizeieinsatzfahrzeugen und einem Kamerawagen. Sie standen teilweise in einer Kette um die Protestierenden und bildeten einen Kessel. Es wurden Fotos und Videoaufnahmen durch Teams der Beweissicherungseinheiten der Polizei angefertigt. Zunächst war für uns unklar, ob es sich um eine angemeldete Versammlung handelte oder nicht.

Wir erfuhren von anwesenden Journalist*innen, dass dieser Situation ein Zusammenstoß von Polizei und 50 bis 60 Demonstrierenden voraus ging. Uns wurde beschrieben, wie die Gruppe Protestierender von der Donnersbergerbrücke aus Richtung S-Bahn Haltestelle kam und sich einen Weg in Richtung des Mercedes-Towers bahnen wollte, dabei aber von der Polizei mit Schlagstöcken und Reizgas angegriffen worden sei. Dabei habe es Verletzte gegeben. Es seien einige Protestierende von den Polizeikräften aufgehalten worden und befänden sich jetzt noch in der Maßnahme. Andere hätten es bis vor die Mercedes-Filiale geschafft und hätten dort ein großes Banner aufhängen wollen. Sie seien sofort von der Polizei angegangen und daran gehindert worden. Dann sei es zu der Kesselsituation gekommen, die sich gerade zeige. Kurz vor unserem Eintreffen gegen 12:15 Uhr sei eine zweite Gruppe Protestierender mit einer Straßenbahn gekommen und hätten sich der Gruppe angeschlossen, so dass jetzt die 120-150 Personen anwesend seien.

Die informationsgebenden Journalist*innen sagten uns, es sein eine spontane Versammlung angemeldet worden.

Wir gingen um den Kessel herum und beobachteten gegen 12:40 Uhr eine Situation, in der ein älterer Mann zwischen Protestierenden und Polizeikette stand und mit Polizist*innen interagierte. Er schien von der Polizei in den Kessel geschoben zu werden, beteuerte aber mehrfach, kein Teil der Versammlung, sondern nur zufällig vor Ort zu sein. Er wurde von den Polizist*innen am Weggehen gehindert und geschubst. Nach einer Weile versuchte ein Beamter, ihn zu sich zu holen, aber aus Sorge, er würde hinter die umstehenden Polizist*innen gezogen werden und dann nicht gehen können, setzte er sich hin. Später gab er ihre Personalien ab.

Es kamen weitere Polizeieinsatzfahrzeuge, aus Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt. Die Beamt*innen versuchten in die Gruppe Demonstrierender zu filmen und beschwerten sich über die Höhe der Transparente. Am Rande fanden offenbar Fotoabgleiche statt. Gegen 13 Uhr löste die Versammlungsleitung mittels eines Megafons die Versammlung auf. Von der Polizei gäbe es die Zusage, alle Personen könnten sich in 3er-Gruppen in Richtung der U-Bahn entfernen. Wenige Minuten später verließen die ersten drei Personen den Kessel. Kurz darauf machte sich eine 2er-Gruppe auf den Weg. Sie wurden nach wenigen Metern von umstehenden Polizist*innen angegangen und eine Person wurde zu Boden geworfen und weggeschleift. Die Person wurde hinter zwei Polizeieinsatzfahrzeuge gebracht und ihr mitgeteilt, es bestünde der Vorwurf des tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte (§ 114 StGB). Später werden wir erfahren, dass diese Person trotz Angabe ihrer Personalien auf das Polizeirevier in der Ettstraße mitgenommen wurde.

Eine Person unseres Tandems blieb bei der Situation vor dem Mercedes-Tower. Die andere Person ging zu der Polizeimaßnahme in unmittelbarer Nähe, auf der Erika-Mann-Straße.

Dort bot sich gegen 13:08 Uhr folgendes Bild: Auf einem kleinen Platz an der Ecke des dort befindlichen Supermarktes waren drei Stationen aufgebaut: Zwei Polizeieinsatzfahrzeuge für Personalienfeststellungen, Fotos und Taschenkontrollen; eine weitere Station für das anschließende Festhalten der Protestierenden und eine dritte, bei der die Polizeibeamt*innen sich besprachen und Dokumente ausfüllten. Diese ED-Behandlungsstraße befand sich in der prallen Sonne. Mindestens eine Person, die dort saß, trug Handschellen. Auf dem Parkplatz unter der Brücke befand sich eine weitere Gruppe von Protestierenden in einem Kessel, von dort wurden sie zur ersten Station gebracht. Die Durchsuchungen waren umfänglich – alle Taschen wurden ausgeleert; detaillierte Fotos der Personen gemacht; Personen mussten ihre Schuhe ausziehen. Wir beobachteten, wie eine Person aufgefordert wurde,

einen Mullverband abzulegen, der an ihrem Oberarm war. Dieser schien sehr frisch angebracht zu sein und womöglich für eine frisch zugezogene Verletzung. Wir hörten aus den Gesprächen von Polizist*innen mit den Festgehaltenen und untereinander von diversen Vorwürfen tätlichen Angriffs und schweren Landfriedensbruchs, mehrere Personen sollten in das Polizeirevier in der Ettstraße gebracht werden.

Um 13:50 Uhr war Aufregung unter den Polizist*innen spürbar: Etwa 20 Personen näherte sich dem Mercedes-Tower mit Fahnen und Parolen von der S-Bahn-Haltestelle. Sie passierten dabei den zweiten Kessel auf dem Parkplatz unter der Brücke. Kurz danach wurden sie von zahlreichen Polizist*innen aufgehalten – es wurde eine Versammlungsleitung verlangt. Nachdem sich keine meldete, gab die Polizei durch, dass sie die Gruppe nun als Versammlung werten und weiterlaufen lassen würden, sofern sie sich in Polizeibegleitung der Gruppe am Mercedes-Tower anschließen würde. Widersetzten sie sich den Auflagen, würde unmittelbarer Zwang angewendet. Daraufhin setzte sich die Gruppe in Richtung Mercedes-Tower in Bewegung.

Währenddessen filmte die Polizei am Mercedes-Tower die dort befindliche Gruppe Demonstrierender durchgängig. Nach dem Vorfall mit der festgesetzten Person stoppten die Protestierenden zunächst ihr Gehen. Um 13:15 Uhr erschien ein Anwalt des Legal Teams. Nach einiger Zeit verließen weitere Personen den Kessel; die Polizei forderte die Protestierenden auf, sich im Anschluss unverzüglich vom Vorplatz der Filiale zu entfernen. Währenddessen versorgten andere die Protestierenden mit Essen und Wasser unter einem Baum etwas abseits des Geschehens. Sie wurden sofort von der Polizei angesprochen, ob sie eine Mahnwache darstellten. Die Beamt*innen erhielten darauf keine Antwort. Wir beobachteten, wie Demosanitär*innen zwei Personen verarzten. Bis 13:42 Uhr hatten etwa 15 Personen den Kessel verlassen; die Polizei verwies weiterhin darauf, dass es sich um Privatgelände von Mercedes handle und daher erteile sie Platzverweise. Fünf Minuten später rannte ein Teil der Polizist*innen plötzlich ohne ersichtlichen Grund weg. Kurz darauf stellte sich heraus, dass es sich um die schon erwähnte Gruppe ange-reister Protestierender handelte, die die Polizei derart in Aufregung versetzte.

Diese Gruppe schloss sich den Personen vor dem Tower an. Gegen 14 Uhr befanden sich also wieder etwa 150 Protestierende vor der Mercedes-Filiale. Außerdem waren neben den Bereitschaftspolizist*innen die Pressestelle der Polizei mit sechs Personen vor Ort sowie die Einsatzleitung die offenbar aus sieben Personen. Das Abziehen der 2er- bis 3er-Gruppen aus dem Kessel erfolgte nun schneller – gegen 14:30 Uhr waren nur noch Polizist*innen und die Demosanitär*innen auf dem Vorplatz. Da auch die Maßnahmen am Supermarkt ihrem Ende zugingen, verließen wir die Örtlichkeit rund um die Donnersbergerbrücke.

Symbolische Hausbesetzung durch No Future for IAA

Diese Aktion haben wir mit insgesamt fünf Personen begleitet.

Die Beobachtung begann um 12:04 Uhr, als wir gemeinsam mit Journalist*innen und Pressesprecher*innen von No Future for IAA an der Bavariastraße ankamen und aus einem Haus ein Banner gezeigt wurde mit der Aufschrift „Welcome to the future“. Am Anfang der Bavariastraße/Ecke Lindwurmstraße war eine Sperre aus zusammengeschlossenen Fahrrädern zu sehen, danach eine Sitzblockade von etwa 70 bis 80 Protestierenden auf der Bavariastraße und eine zweite, etwas kleinere Blockade mit ca. 25 bis 30 Personen etwa 50 Meter in Richtung Eisenbahnbrücke am anderen Ende der Bavariastraße. Dort fand eine Abseilaktion statt und davor stand ein sogenannter Tripod (eine Konstruktion aus drei Stangen, innerhalb derer sich eine Person angebunden hatte).

Gegen 12:15 Uhr hörten wir Sirenen und sahen ca. neun Polizeieinsatzfahrzeuge aus Richtung Eisenbahnbrücke kommen. Die Polizist*innen umstellten den Tripod, dabei wurde eine Presseperson daran gehindert, sich zu nähern. Erst nach hartnäckigem Nachfragen bei der Pressestelle der Polizei durfte sie passieren. Unserem Tandem vor Ort wurde bis zuletzt nicht erlaubt sich zu nähern, während Anwohner*innen von beiden Seiten der Brücke Durchgang erhielten. Wir konnten dennoch sehen, dass sechs Personen unter der Brücke von Polizist*innen festgehalten wurden. Von umstehenden Personen wurde uns

gesagt, dass zumindest zwei davon ihre Personalien nicht angeben wollten; außerdem sei den Demosantäter*innen untersagt worden, den Personen Wasser zu bringen. Gegen 14:34 Uhr gestatteten die Polizist*innen, die Übergabe eines Turnbeutels mit Wasser und Snacks.

Gegen 12:16 Uhr wurden die Fahrräder auf der anderen Seite der Bavariastraße entfernt und die beiden Sitzblockaden von Polizei gekesselt. Es kamen weitere Polizeieinsatzfahrzeuge an, die auf der Lindwurmstraße parkten. So entwickelte sich diese nach und nach zu einer Aneinanderreihung zahlreicher Polizeifahrzeuge, die später für die ED-Behandlung dienen sollten. Die Straße wurde für diesen Zweck für Durchgangsverkehr komplett gesperrt.

Um 12:15 Uhr kamen etwa 17 weitere Polizeieinsatzfahrzeuge aus Richtung Eisenbahnbrücke. Kurze Zeit später konnten wir an der ersten Sitzblockade (die sich näher an der Lindwurmstraße befand) 40 Polizist*innen zählen. Die verschiedenen Blockaden wurden von der Polizei gefilmt; spätestens ab 12:45 Uhr erfolgte dies auch durch den Kamerawagen.

Um 12:47 Uhr kam die Rave-Demo vorbei (diese Versammlung wird im weiteren Verlauf näher beschrieben) und wenige Minuten später erschien ein Helikopter am Himmel.

Um 12:52 Uhr setzten die Polizist*innen an der ersten Sitzblockade aus für uns nicht ersichtlichem Grund ihre Helme auf. Dort befanden sich auch zwei Demosantäter*innen, fünf parlamentarische Beobachter*innen der Grünen sowie Pressevertreter*innen.



An einer der Sitzblockaden auf der Bavariastraße: Polizist*innen mit Helmen und vermomtem Gesicht © Grundrechtekomitee

Um 13:10 Uhr zog ein Polizist an den Rettungsdecken, die die Protestierenden als Sonnenschutz über sich spannten. Er versuchte darunter zu schauen und zu hören, was die Personen sagten. Nur etwa zehn Minuten später kam es zu einer erneuten Aufregung, als eine Person aus dem Kessel zur Toilette wollte und daran gehindert wurde. Gegen 13:40 Uhr erfolgte eine Durchsage der Polizei, sie werte die Gruppe als Versammlung und bitte nach der Benennung einer Versammlungsleitung. Auf Versammlungen sei Vermummung verboten, die Personen müssten daher ihre Rettungsdecken ablegen, weil dies sonst ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz sei. Werden die Auflagen nicht erfüllt würde die Versammlung aufgelöst. Um 13:42 Uhr erfolgte die nächste Durchsage, die als alternativen Versammlungsort den Gehsteig zuwies, bei Nicht-Befolgung würde die Versammlung aufgelöst. Zwei Minuten später wurde diese Durchsage wiederholt und nach weiteren zwei Minuten verkündete die Polizei die Auflösung der Versammlung.

Zwischenzeitlich gab es immer wieder Debatten, ob Demosanitäter*innen zu den Protestierenden gehen dürften. Es dauerte eine Weile, bis dies zugelassen wurde. Wir als Beobachter*innen wurden beim Versuch, Informationen zu erhalten, entweder zur Pressestelle oder zur Einsatzleitung und zurück geschickt. Die Lindwurmstraße glich zu diesem

Zeitpunkt einer Wagenburg aus Polizeieinsatzfahrzeugen. Auf einer Länge von 200 Metern standen sie in zwei Reihen eng hintereinander und bildeten einen Korridor, der von außen schlecht einsehbar war; an einem Ende in Richtung Bavariastraße befand sich ein Gefangenensammeltransporter.

Gegen 14:30 Uhr erfolgte eine weitere Durchsage der Polizei: Es stünde der „Verdacht von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Raum, daher sollten alle ihre Personalausweise bereithalten. Kurze Zeit später begann die Räumung. Die Polizist*innen lösten einzelne Menschen aus der Sitzblockade und trugen sie weg. Dabei wurden teilweise Schmerzgriffe an Hals und Schulter angewandt, sowie das schmerzhaft Verdrehen von Armen und Beinen und sogar des Kopfes. Der Anwalt des Legal Teams durfte nicht zu den Sitzenden, unter der Begründung, dass der Aufenthalt dort eine Ordnungswidrigkeit darstelle; der Presse wurde der Zugang nicht verwehrt. Trotz mehrfacher Nachfrage erhielt der Anwalt keinen Namen des verantwortlichen Polizisten. Die Weggetragenen wurden in die ED-Behandlungsstraße auf der Lindwurmstraße gebracht, dort auf der Straße abgesetzt und verblieben unter polizeilicher Überwachung. Dies bedeutete: Fotografieren, Durchsuchung von Kleidung und Taschen sowie Personalfeststellung. Anscheinend wurden alle mit gültigem Ausweis gehen gelassen.



Auf eine Länge von etwa 200 Metern wird die Lindwurmstraße gesperrt und für ED-Maßnahmen genutzt © GrundrechtKomitee

Die Gruppe von Protestierenden verlangte für die weiblichen Teilnehmer*innen nach weiblichen Polizist*innen für die Maßnahme, wurden aber ignoriert, obwohl weibliche Polizist*innen anwesend waren und filmten. Später wurden zwar weibliche Protestierende von weiblichen Polizist*innen durchsucht, aber von männlichen Polizisten festgehalten.

Um 17:59 Uhr fuhr der erste Gefangenentransport ab.

An der zweiten kleinen Blockade, welche sich etwas weiter Richtung Eisenbahnbrücke auf der Bavariastraße befand, stellten sich die folgenden Stunden wie folgt dar: Zunächst war die Situation statisch: die Protestierenden saßen auf der Straße und waren von Polizei umstellt. Anfangs schien es,



Die Räumung einer Blockade auf der Bavariastraße begann gegen 14:30 Uhr
© GrundrechtKomitee

Um 15:45 Uhr dauerte die Räumung weiterhin an und wurde immer ruppiger. Uns als Beobachter*innen wurde nun das Betreten des Bearbeitungsbereiches verboten. Ein Aktivist wurde zur Toilette geführt und sein Arm vom Polizisten sehr hoch – und damit schmerzhaft – festgehalten. Um 16:05 Uhr waren noch 12 Aktivist*innen in der Blockade, sie wurden aus nächster Nähe von der Polizei gefilmt. Gegen 16:08 Uhr beobachteten wir eine unabhängige kleine Demonstration von etwa 50 Personen, die auf dem Gehsteig an den vielen Polizeiwagen vorbei zur Ecke Bavariastraße/Lindwurmstraße lief und dort von einer überschaubaren Polizeikette gestoppt wurde. Etwa 15 Aktivist*innen setzten sich daraufhin als kleine Sitzblockade auf die Lindwurmstraße, gingen jedoch gegen 17 Uhr freiwillig wieder weg. Beim Abzug gab es einiges Hin und Her mit der Polizei wegen wehender Fahnen und dem Laufen als Gruppe; schließlich durften sie jedoch mit der U-Bahn wegfahren.

Um 16:27 Uhr waren noch sechs Aktivist*innen übrig. Bei ihrer Räumung beobachteten wir die Anwendung von Schmerzgriffen. Die letzten beiden Aktivist*innen wurden um 16:41 Uhr unsanft auseinandergerissen und zur „Bearbeitung“ weggetragen.

als würde die Polizei die Blockade räumen wollen; doch dann – durch das Verhandeln vom Anwalt des Legal Teams und einer augenscheinlich kooperativen Einsatzleiterin der Polizei sowie durch Rücksprachen innerhalb der Blockade wurde sich darauf geeinigt, eine Spontanversammlung anzumelden und bis zur Schwanthaler Höhe zu laufen. Dabei sei das Tragen von Mütze und Maske toleriert; eine zusätzliche Sonnenbrille würde aber als Vermummung gewertet werden. Außerdem müsse auf dem Gehsteig gelaufen werden. Gegen 14:40 Uhr war die Versammlung erfolgreich angemeldet und bereit zum Aufbruch. Um 15 Uhr startete die Demo mit maximal 20 Personen und wurde von etwa 20 Polizist*innen eng begleitet. Als sie die Eisenbahnbrücke erreichte, war die Abseilaktion inklusive dem Tripod beendet, mindestens eine Person wurde abtransportiert. Zwischen den Polizeiautos stand eine Solidaritätskundgebung mit fünf Personen. Bei der U-Bahn-Haltestelle Schwanthaler Höhe angekommen wurde die Versammlung aufgelöst und die Protestierenden stiegen in kleineren Gruppen in die U-Bahn ein. Dabei wurden sie von mehreren Polizist*innen begleitet – auch beim späteren Umsteigen.

Rave „IAA wegbassen“

Um 11 Uhr fand sich ein Beobachtungs-Tandem am Stachus ein, um den von dort startenden Rave zu begleiten. Die Polizeipräsenz war insgesamt deutlich schwächer als die Tage zuvor. Als sich der Demo-Zug gegen 11:40 Uhr in Bewegung setzte, war dieser auf etwa 80 Personen angewachsen, über die nächste Stunde kamen noch einmal etwa 40 bis 50 Personen hinzu. Die Demo wurde von einem losen Polizeispalier begleitet, das primär darauf achtete, dass Teilnehmer*innen nicht in die Gegenfahrspur liefen. Die Polizist*innen waren nicht sonderlich gerüstet, sondern liefen in ‚normaler‘ Uniform. Hinter und vor der Demo fuhren jeweils drei bis vier Autos der Polizei – teilweise normale Streifenwagen, teilweise Polizeieinsatzfahrzeuge. Die Demo zog über die Sonnenstraße zur Lindwurmstraße. Als wir bei der Bavariastraße ankamen, waren die Straßenzugänge bereits von etlichen Einsatzkräften der Polizei blockiert und ließen niemanden durch. Direkt hinter dieser Polizeikette saßen Aktivist*innen auf dem Boden und blockierten die Straße. Nach einigen gegenseitigen Solidaritätsbekundungen zwischen den beiden Aktionen zog der Rave weiter und verlief die nächste Stunde ereignislos. Die Stimmung war ausgelassen und die Polizei wirkte nicht aggressiv und hielt sich durchweg zurück.

Gehzeug-Demo

Unsere letzte Beobachtung für diesen Tag begann um 17:35 Uhr, als eine Geh-Zeug-Demo mit etwa 50 Personen am Camp startete. Diese verlief von der Polizei unbehelligt. Sie wurde von etwa zehn bis 15 Polizist*innen begleitet und lief vom Camp bis zum Karolinenplatz und zurück. Bei der Zwischenkundgebung am Karolinenplatz um 18:51 Uhr fiel uns auf, wie unzureichend die Polizei den Verkehr regelte, da mindestens ein Auto in den Kreisverkehr am Karolinenplatz einfuhr obwohl dort die Zwischenkundgebung lief.

4.7 SONNTAG, 10. SEPTEMBER – GROSSDEMONSTRATION IN DER MÜNCHENER INNENSTADT

Unseren letzten Beobachtungstag haben wir mit sieben Beobachter*innen bestritten. Wir alle waren bei der angemeldeten Großdemonstration vor Ort und teilten uns auf verschiedene Abschnitte auf.

Die Demonstration sollte um 11 Uhr mit einer Auftaktkundgebung am Obelisken im Luitpoldpark südlich vom Camp beginnen. Dort erfolgte auch die Aufstellung der Blöcke. Um 10:45 Uhr waren wir vor Ort und schauten uns um. Es waren schon einige Menschen unterwegs, auch die Polizei war zahlreich vor Ort. Sowohl im Park selbst als auch auf der Karl-Theodor-Straße waren Einheiten präsent. Im Park stellte sich um kurz nach 11 Uhr der *No Future for IAA-Block* auf. Viele Teilnehmer*innen trugen weiße Maleranzüge. Der Block wurde von der Polizei fotografiert und abgefilmt. Wir sahen wie einige Polizist*innen auf ihren Mobiltelefonen Fotos anschauten und diese mit den Fotos verglichen, die die anderen Polizist*innen von den Demonstrierenden gerade gemacht hatten. Hinter dem Block aus etwa 150 Personen mit Seitentransparenten standen einige Kommunikationspolizist*innen.

Rund um den Obelisken standen kleine Gruppen von Polizist*innen, meistens fotografierte eine*r von ihnen. Auf die Frage, weshalb sie fotografierten, wurden wir an die Pressesprecher*innen verwiesen. Von denen wiederum erhielten wir aber nur die Auskunft, dass sie es nicht wüssten und vielleicht würden sie ja auch gar nicht fotografieren aber wenn, dann vermutlich wegen Vermummung. Ein anderer Polizist sagte, dass es aufgrund der Vermummung sei.

Auf der Karl-Theodor-Straße vor dem Obelisken und der gegenüberliegenden Parkseite standen überall zahlreiche Polizist*innen in größeren und kleineren Gruppen zusammen. Sie trugen die Helme an den Seiten. Wir zählten allein dort 80 Polizeieinsatzfahrzeuge; darunter zwei Kamerawagen. Um 11:23 Uhr erfolgte durch die Versammlungsleitung die Verlesung der Auflagen: Die Seitentransparente dürften nicht verknotet werden, zwei Seitentransparente dürften dicht hintereinander getragen werden, der Abstand zum darauf folgenden Seitentransparent müsse jedoch eine Armlänge Abstand betragen. Die Demonstrierenden dürften zwar Sonnenbrillen, Kopfbedeckungen und Mundschutz tragen, jedoch nur zwei der drei genannten Gegenstände gleichzeitig – sonst gelte dies als Vermummung. Glasflaschen seien nicht erlaubt. Bei Erfüllung der Auflagen würde die Polizei Abstand zur Demonstration halten.

Um 11:30 Uhr bewegte sich die Demonstration langsam in Richtung der Kreuzung Karl-Theodor-Straße/Belgradstraße. Dahinter fuhren rund zehn Polizeieinsatzfahrzeuge und ein Kamerawagen, davor befanden sich etwa 20 Polizist*innen und zwei Kamerawagen. Die Versammlungsleitung sagte durch, dass dies noch nicht die Versammlung im engeren Sinne sei, man befinde sich noch immer in der Aufstellung der Blöcke, die Auflagen würden daher noch nicht greifen. Die Bereitschaftspolizei begleitete den Zug unbehelmt auf dem Gehsteig. An der Kreuzung angekommen stoppte der Demonstrationszug vor einer Polizeikette. Das Fotografieren und Filmen wurde auch jetzt fortgeführt. Im weiteren Verlauf beobachteten wir das stete Abfilmen unterhalb der Transparente und besonders der Schuhe.

Nach etwa zehnminütiger Wartezeit lief die Demo über die Kurfürstenstraße los. Zu Beginn hielten die Polizist*innen den seitlichen Abstand zur Demonstration weitgehend ein. Sie gingen auf dem Gehweg, während sich die Demonstration auf der Straße bewegte. Und doch waren viele Polizist*innen präsent. Ab 13 Uhr kam das Spalier zeitweise näher. Zwei Polizist*innen postierten sich hinter einem Autobus und filmten von dort blickgeschützt die Teilnehmenden zumindest des mittleren Teils der Demonstration. Um 13:10 Uhr wurden im *No Future for IAA-Block* mehrere Rauchtöpfe gezündet, einer wurde in einem Dixiklo an der Fahrbahnseite. Die Polizei kümmerte sich darum jedoch nicht, sondern ging daran vorbei – obwohl sie den Rauchtopf bemerkten. Um 13:15 Uhr wurde die Demo gestoppt. Ein Lautsprecherwagen der Demo sagte durch, es würde an den teilweise verknoteten Bannern liegen. Kurz darauf zogen die Polizist*innen am *Smash IAA-Block* ihre Handschuhe an. Um 13:25 Uhr durfte die Demonstration dann weiterziehen.

Kurz hinter dem Elisabethplatz war die Straße durch Bauarbeiten verengt: Der Gehweg (in Laufrichtung) rechts war nicht begehbar, weil dort eine Holzwand errichtet war. Die Polizist*innen blieben vor Beginn der Holzwand stehen, während der Demozug weiterzog.

Um 13:45 Uhr wurde erneut ein Rauchtopf gezündet; dieses Mal im *Smash IAA-Block*, der direkt hinter dem *No Future for IAA-Block* lief. Einige Polizist*innen näherten sich und filmten in den Block hinein. Sie hielten die Kamera dabei über die Seitentransparente. Es gab ein bisschen Rangelei zwischen Polizist*innen und Demonstrationsteilnehmer*innen, Ordner*innen der Demonstration wurden dabei wiederholt weggeschubst. Die Situation beruhigte sich aber schnell.

Gegen 14:45 Uhr erreichte die Demonstration den Endkundgebungsort am Karolinenplatz und wir stellten uns rund um den Platz auf. Die Polizei postierte sich auf dem Sockel des Obeliskens und filmte von dort. Auf Anfrage erklärte ein Beamter, dass sie nicht filmen würden, während direkt hinter ihm die Demo gefilmt wurde.

Erneut sprachen wir Polizist*innen auf das Filmen an – diesmal eine Person im Kamerawagen. Es wurde uns gesagt, man verrate uns nicht ob gefilmt würde – wir sollten die Pressestelle fragen. Zufällig standen drei Vertreter*innen der Pressestelle der Polizei daneben. Auf Nachfrage antworteten sie, dass sie es auch nicht wüssten aber sich erkundigten. Etwa zehn Minuten später bekamen wir die Antwort, dass es sich nur um Übersichtsaufnahmen handele, aber die Rechtsgrundlage gerade nicht bekannt sei, weil man bei der Einsatzleitung niemanden erreicht habe. Wenn uns das aber weiterhin interessieren würde, könnten wir die Frage schriftlich einreichen. Währenddessen konnten wir beobachten, wie sich die Kamera des Wagens bewegte.

Die ersten Teilnehmer*innen verließen die Kundgebung kurz danach. Die einzige offene Straße war die Barerstraße in Richtung Haltestelle Stachus.

Nach Ende der Kundgebung um 15 Uhr gingen große Teile der Demonstrierenden vom Karolinenplatz in Richtung Stachus, nur vereinzelte Gruppen von Personen blieben noch auf dem Karolinenplatz.

Etwa um 15:20 Uhr wurden dort zwei junge Frauen von der Polizei festgesetzt. Zunächst standen sie noch an der Einfahrt zur Barerstraße (Richtung Süden), dann wurden sie in die Karlstraße geführt. Wir wurden von einem Polizisten darauf hingewiesen, dass wir uns wegen des „Schutzes des gesprochenen Wortes“ in fünf Meter Abstand aufhalten sollten. Sie durchsuchten die beiden Personen und deren Rucksäcke. Darin fanden sie eine Tube UHU-Kleber. Wir konnten den Grund für die Maßnahme nicht herausfinden. Die Personen wurden um 15:40 Uhr mit einem Polizeieinsatzfahrzeug abtransportiert. Ein umstehender Beamte sagte uns, die zwei Personen hätten eine Maßnahme verweigert, würden jetzt ein bis zwei Stunden auf dem Präsidium bleiben müssen und würden dann wieder freigelassen. Diese Aussage treffe er aber ohne Gewähr.

Die Demonstrationsteilnehmer*innen auf dem Weg in Richtung Stachus wurden an der Ecke Karlstraße recht plötzlich durch eine Polizeikette gestoppt. Die Polizei wertete das Abziehen vom Karolinenplatz als Versammlung und wollte eine Leitung genannt bekommen. Nach ein paar Minuten wurde eine Spontanversammlung angemeldet unter Auflage, sich nur auf der rechten Fahr-

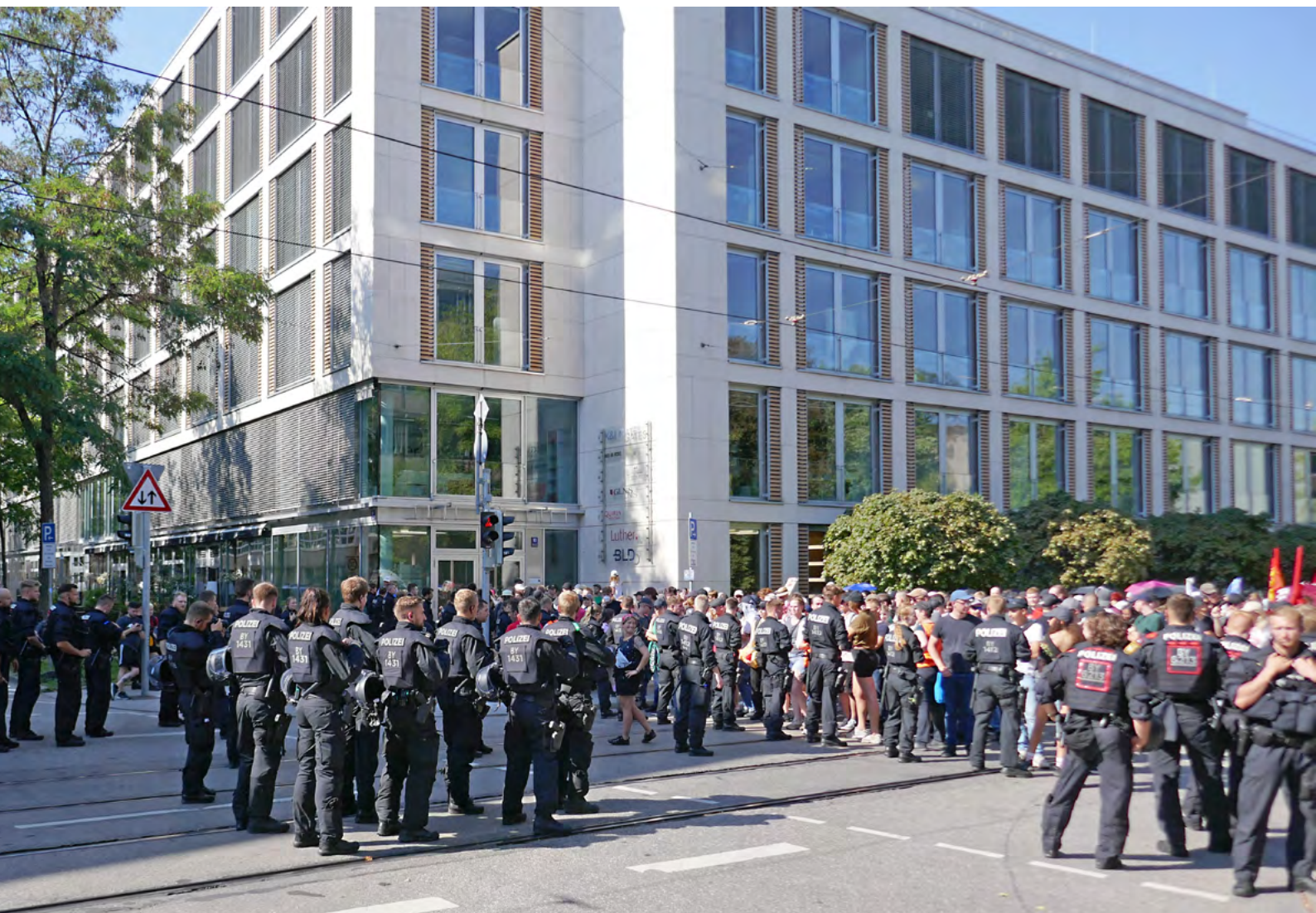
spur zu bewegen und am Stachus automatisch aufgelöst zu sein. Davor beobachteten wir noch eine Situation, in der nur unter Einsatz mehrerer Anwalt*innen eine Person die Gruppe verlassen durfte, weil es ihr nicht gut ging. Um 15:21 Uhr setzte sich die Spontanversammlung in Bewegung. Die Polizei schien nervös und hektisch. Sie sperrten den Kreisverkehr am Stachus nicht ab, sondern leiteten den Demonstrationszug durch die sichtlich verwirrten Autofahrer*innen hindurch.

Um 15:27 Uhr kam die Demonstration an der U-Bahn-Station „Stachus“ an. Für wenige Augenblicke versuchte eine Polizeikette, die Menschen am nach unten gehen zu hindern. Vor allem junge und unerfahren wirkende Polizist*innen zogen Schlagstöcke und schrien. Doch dann wurde der Durchgang freigegeben und sehr viele Polizist*innen folgten den Demonstrierenden in den U-Bahnhof. Auch von anderen Zugängen kamen zahlreiche Einsatzkräfte nach unten. In den U-Bahn-Gängen wirkte die Szenerie eher wie eine Verfolgungsjagd als eine Begleitung durch die Polizei.

Am Odeonsplatz wurde noch einmal umgestiegen. Auf dem Bahngleis kam es erneut zu einer Situation, in der die Polizei aggressiv auf die Menschen zuging; vermutlich weil die Menge sang. Es wurde die U-Bahn in Richtung Scheidplatz genommen – in jeder Bahn fuhren auch immer Polizeibeamte mit. Von dort konnten die Personen durch Polizei begleitet, aber unbehelligt zum Camp gehen.

Gegen 16 Uhr waren am Stachus kaum noch Protestierende anwesend. Auch die Polizei hatte sich weitestgehend zurückgezogen. Allerdings bemerkten wir eine Gruppe von Polizist*innen, die an uns vorbei und zielgerichtet auf das Kaufhaus „Obletter“ zuing. In dem Moment kam ein Pärchen um die Ecke, welches sie sofort umstellten und deren Personalien sie kontrollierten. Es wurden deren Taschen durchsucht und eine Art Tube oder Dose gefunden. Nach etwa 10 Minuten ließen sie die beiden wieder ziehen.

Das war das Ende der Beobachtungstage.



Das Abziehen von Versammlungsteilnehmer*innen wird an der Ecke Karlstraße von der Polizei gestoppt © Grundrechtkomitee

BEWERTUNG + FAZIT



5 BEWERTUNG

5.1 SYSTEMATISCHE KONTROLLEN UND DIE SAMMLUNG VON DATEN

Zu nahezu jedem Zeitpunkt und an nahezu jedem für die Proteste relevanten Ort konnten wir den unbedingten Willen der Polizei zur Feststellung von Identitäten und das Erstellen von Fotomaterial beobachten, sowie den Versuch, absolute Kontrolle über jegliches Protestgeschehen zu erhalten.

Das *Protestcamp* war rund um die Uhr von mehreren Polizeiwagen umgeben; Polizist*innen liefen permanent Streife im Park, zusätzlich hielten sich zahlreiche Beamt*innen in Zivil in der Nähe des Camps im Park auf den Wegen und Bänken auf. Immer wieder gab es Kontrollen von Personalien und Taschen von Besucher*innen des Camps. Ihren Höhepunkt hatte diese Personenkontrollen am Freitag, 8. September. Nahezu alle Campbesucher*innen, die sich an diesem Tag vom Camp entfernten, wurden kontrolliert. Wir waren – wie bereits beschrieben – bei zahlreichen Kontrollen zugegen.

Grundsätzlich ist das Gehen zu und das Verlassen von Versammlungen durch das Versammlungsgesetz geschützt und sollte für alle Teilnehmenden anonym möglich sein; also ohne Kontrollen. Zwar hat der Gesetzgeber Möglichkeiten für die Polizei geschaffen, Identitäten festzustellen, falls aufgrund einer Gefahrenprognose im Hinblick auf mögliche Straftaten oder schon vorliegender vermeintlicher Straftatbestände eine Notwendigkeit besteht.

Einige der Polizist*innen, die wir nach der Rechtsgrundlage für die Kontrollen fragten, haben sich auf das Polizeiaufgabengesetz Bayern (PAG) in Artikel 13 Absatz 1 (4) berufen. Dieser besagt, dass die Polizei die Identität einer Person feststellen darf, wenn eine Kontrollstelle eingerichtet wurde, um Straftaten aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte während einer Versammlung zu verhindern. Anders als das Nordrheinwestfälische Versammlungsgesetz sieht das in Bayern geltende Gesetz für Versammlungen die Einrichtung von Kontrollstellen allerdings nicht vor.

Andere haben darauf verwiesen, dass es Aufrufe zu Aktionen gegeben hätte und daher davon auszugehen sei, dass sich Menschen zu diesem Zwecke vom Camp entfernen könnten. Allerdings wurde die Art der Aktion nicht erläutert und die Maßnahme beruhte demnach auf einer vagen Annahme.

Wir hörten zudem über eine Person vom Legal Team, dass laut Polizei der versammlungsrechtliche Schutzbereich nur 150 Meter rund um das Camp gelten würde und die Polizei entsprechend nach PAG Kontrollen durchführe. Diese sind ebenfalls in Artikel 13 geregelt und setzen voraus, dass z.B. eine Gefahr oder drohende Gefahr für ein bedeutendes Rechtsgut bestehe. In mindestens einem Fall benannte ein Polizist uns die Kontrolle als „verdachtsunabhängige Personenkontrolle“ – ein höchst umstrittenes Werkzeug, weil es dem racial profiling verwandt ist und zur Abwehr von grenzübergreifender Kriminalität dienen soll – als Grundlage für Kontrollen in München ist die Maßnahme nicht begründbar.

Und obwohl die Kontrollierten auf ihr Recht auf Zu- und Abgang zum Camp bestanden und dieses Argument immer wieder vorbrachten, wurden die Kontrollen von Personalien und Tascheninhalten fortgesetzt. Erst das vehemente Intervenieren des Versammlungsleiters hatte zur Folge, dass die Kontrollen nachließen, obgleich nicht gänzlich eingestellt wurden. Der Versammlungsleiter überlegte eine gerichtliche Klärung der Kontrollen.

Auch auf den „Open Spaces“ waren sowohl zivile Polizist*innen als auch uniformierte Einheiten sehr präsent. Donnerstag und Freitag (7./8. August) wurden wir selbst, obgleich durch sichtbare Ausweise als Beobachter*innen erkennbar, mehrfach angehalten und kontrolliert. Auch die Begleitteams einer parlamentarischen Beobachterin der Grünen-Landtagsfraktion wurden nach ihren Personalien gefragt, Journalist*innen konnten sich auf den „Open Spaces“ ebenfalls nicht unbehelligt bewegen.



Personen auf dem „Open Space“ werden angehalten und ihre Personalien kontrolliert
© Grundrechtekomitee

Das Bewegen auf den „Open Spaces“ war zutiefst eingeschränkt. Personen mit einem vermeintlich linksalternativen Erscheinungsbild wurden regelmäßig angehalten und kontrolliert. In mehreren Situationen konnten wir beobachten, dass völlig Unbeteiligte – Tourist*innen oder Anwohnende – durch die Polizei angehalten und kontrolliert wurden. Als Grund wurde hier von der Polizei „konspiratives Verhalten“ angeführt – ein Begriff, der sich im Polizeiaufgabengesetz der bayerischen Polizei nicht findet. Dort ist von einer „drohenden Gefahr“ die Rede. Auch dieser Terminus wird seit Verschärfung einiger Landespolizeigesetze zwischen Jurist*innen diskutiert und von Bürgerrechtsorganisationen scharf kritisiert. Die Ausweitung der Befugnisse der Polizei in den letzten Jahren ermöglichen es den Beamt*innen immer weitreichender Kontrollen durchzuführen und diese zu legitimieren. Eine verwaltungsrechtliche Überprüfung im Nachgang ist für den Einzelfall vielleicht von Bedeutung, eine rechtliche Bindung für die Praxis allerdings beinhaltet diese nicht.

Für die systematische Kontrolle von Personen war während der IAA ein großer Einsatz seitens der Polizei nötig und hat unzählige Personen in ihrer Bewegungsfreiheit bis hin zu ihrer journalistischen oder parlamentarischen Arbeit stark beeinträchtigt.

Auf *angemeldeten Versammlungen* erlebten wir das massive Sammeln von Fotodaten seitens der Beamt*innen mithilfe des Filmens und Fotografierens von Teilnehmer*innen. Laut bayerischem Versammlungsgesetz ist das Anfertigen von Filmaufnahmen von Versammlungen dann rechtmäßig, wenn es sich dabei um Übersichtsaufnahmen zur Lenkung des Einsatzes aufgrund einer unübersichtlichen Versammlungssituation handelt oder wenn „tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass von der Versammlung oder Teilen davon erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ausgehen“ – also zur Gefahrenabwehr.²³

Für die systematische Kontrolle von Personen war während der IAA ein großer Einsatz seitens der Polizei nötig und hat unzählige Personen in ihrer Bewegungsfreiheit bis hin zu ihrer journalistischen oder parlamentarischen Arbeit stark beeinträchtigt.

Aus unserer Sicht war das Versammlungsgeschehen bei angemeldeten Demonstrationen nicht wirklich als unübersichtlich zu bezeichnen. Es handelte sich um große Straßen und Plätze, welche aufgrund der Teilnehmer*innenzahl und durch die Menge an eingesetzten Polizeieinheiten ohne

Filmen einsehbar war – ein Übersichtsfilm erscheint uns daher nicht erforderlich und eher als Vorwand gedient zu haben. Wir versuchten wiederholt, Antworten zu erhalten, ob die Kamerawagen mit ausgefahrener Kamera gerade filmten oder nicht. Eine Aussage dazu wurde uns zu meist verwehrt.

Die stete Präsenz von Videokameras der Polizei – ob aktiv oder im Ruhezustand – kreiert eine Situation pausenloser potentieller Überwachung.

Bei der Großdemonstration am Sonntag, den 10. September wurde bereits während der Anfangsaufstellung des Demonstrationszuges Fotomaterial durch die Polizei angefertigt. Es wurden Sammelaufnahmen aus der Ferne bis hin zu Nahaufnahmen von Einzelpersonen gemacht. Es wurden Fahnen und Schuhe fotografiert und auch hier konnte oder wollte man uns keine Angaben zur Begründung machen. Das dauerhafte Abfilmen ging während der Demonstration weiter. Spätestens nachdem Seitenbanner miteinander verknotet und einzelne Rauchtöpfe gezündet wurden und manche Teilnehmer*innen Maske, Sonnenbrille und Kopfbedeckung trugen, was in dieser Kombination von der Polizei häufig als sogenannte Vermummung gewertet wird, wähnte sich die Polizei vermutlich im Recht. Doch auch hier müssen wir – wie schon in so vielen anderen Fällen zuvor – die Frage aufwerfen, inwieweit es verhältnismäßig ist, eine Versammlung von 3.000 Teilnehmer*innen nahezu durchgängig zu filmen, weil eventuell einzelne Verstöße gegen Auflagen im Bereich der Ordnungswidrigkeiten zu befürchten sind. Das gezielte Filmen und Fotografieren von Schuhen und Einzelpersonen scheint eher einer Identifizierung von Personen als der Gefahrenabwehr gedient zu haben und ist somit nicht konform mit dem hohen Gut der Versammlungsfreiheit nach GG Artikel 8.

Die stete Präsenz von Videokameras der Polizei – ob aktiv oder im Ruhezustand – kreiert eine Situation pausenloser potentieller Überwachung, selbst wenn nicht durchgehend gefilmt wurde. Und auch eben diese potentielle Überwachung wirkt abschreckend und führt somit zur Einschränkung des Rechts auf Versammlung.

Dass die Großdemonstration überhaupt weitgehend ungehindert laufen konnte, war einzig durch die engmaschige und andauernde Kommunikation zwischen Versammlungsleitung und Einsatzleitung möglich.

Während *unangemeldeter Versammlungen* konnten wir das gleiche Vorgehen der Polizist*innen beobachten.

Im Vorfeld hatte die Polizei die erforderlichen Maßnahmen zum Zweck der Überwachung und Personenkontrollen

²³ www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVersGo8

inkl. sogenannter „Super Recognizer*innen“ angekündigt. 37 „Super Recognizer*innen“ sind seit 2018 für das Polizeipräsidium München tätig. Öffentlich zugängliche Information über den Erfolg ihrer Arbeit für – allgemein bzw. für Bayern und insbesondere auf Messen der IAA in diesem Jahr und 2021, sind allerdings nicht erhältlich.²⁴

Immer wieder konnten wir verfolgen, wie Beamt*innen auf ihren Mobiltelefonen Fotos von Aktivist*innen durchschauten und mit den Menschen um sie herum abglichen; wie Fotos von den Displays großer Digitalkameras abfotografiert wurden und es schien, als würden diese via Mobiltelefon weitergeleitet werden. Auf Nachfrage von Journalist*innen der Tageszeitung Taz antwortete die Pressestelle der Polizei, dass „es sich lediglich um ein Informations- und Abfragesystem der bayerischen Polizei [handelt und es] eine Datenbank, in der die Personalien von Klimaaktivist*innen gesammelt würden, nicht gebe.“²⁵

Alle Maßnahmen zusammen erzeugten bei Aktivist*innen ein Gefühl der permanenten Überwachung, welches selbst bei uns Beobachtenden zu Unbehagen führte.

5.2 PHYSISCHE POLIZEIGEWALT

Während der Beobachtungstage konnten wir in zwei Situationen physische Polizeigewalt beobachten bzw. sie uns von Augenzeug*innen berichten lassen. In beiden Situationen werten wir diese als unverhältnismäßig.

Zum einen betrifft dies die Vorgehensweise der Polizei beim Aufhalten einer Gruppe von *Smash IAA* am Samstag, den 9. September. Die Gruppe befand sich auf dem Weg zu einem Autohaus und wurde von Journalist*innen begleitet, die uns im Nachgang von der Situation berichteten. Wir selbst waren erst später zu der Gruppe dazugestoßen, als sie bereits vor dem Mercedes-Benz-Tower protestierten. Den Augenzeug*innen zufolge machte sich die Gruppe von etwa 70 Personen auf den Weg in Richtung der Autohausfiliale und wurde bereits von einem Aufgebot an Polizist*innen erwartet, welche sie aufhalten wollten: Dazu griff die Polizei schnell und unvermittelt zu ihren Schlagstöcken und schlug auf die Protestierenden ein – mit der offensichtlichen Absicht, sie am Weitergehen zu hindern. Bei diesem Einsatz wurden einige Personen verletzt; einer Person wurde so stark auf den Kopf geschlagen, dass anschließend ein Ohr in einer langwierigen Operation genäht werden musste.²⁶ In ihrer Pressemitteilung will die Polizei von verletzten Demonstrierenden keine Kenntnis gehabt haben. In eben dieser Pressemitteilung wird auch beschrieben, was die übrigen Beteiligten nach dem gewaltvollen Aufhalten einiger Demonstrierender gemacht haben: sie haben vor dem Autohaus Transparen-

te hochgehalten. Ein Szenario, das bei der dem Einsatz vorliegenden Gefahrenprognose auch hätte abgebildet sein müssen und keinen Schlagstockeinsatz hätte zur Folge gehabt haben dürfen.

„Schmerzgriffe können als Entgrenzung polizeilicher Gewaltpraxis verstanden werden. Zugleich wohnt ihnen eine Tendenz zur Normalisierung von Gewaltanwendung inne.“

Die andere Situation betrifft die Räumung der Sitzblockade auf der Bavariastraße rund um die Hausbesetzung von *No Future for IAA* ebenfalls am Samstag, den 9. September. Wie in Kapitel 4 beschrieben, waren wir mit mehreren Teams vor Ort und konnten beobachten, wie die Teilnehmenden teilweise mittels Schmerzgriffen geräumt wurden. Zwar gingen der Räumung ordnungsgemäß die vorgeschriebenen drei Aufforderungen zur Auflösung voran und beendete die Polizei entsprechend gemäß ihrer Befugnis die unangemeldete Versammlung durch das Wegtragen der Demonstrierenden. Die Anwendung von Schmerzgriffen ist allerdings nicht akzeptabel. Dass es anders geht, zeigt der polizeiliche Umgang mit einer zweiten Gruppe gekesselter Blockierenden nur wenige Meter entfernt: Diese durften spontan eine Versammlung bis zum nächsten Bahnhof anmelden. Es gab keinen zwingenden Grund, mit physischer Gewalt in Form von Schmerzgriffen vorzugehen, auch, da es sich bei der besetzten Straße nur um eine kleine Nebenstraße handelte. Im Gegenteil blockierte erst die ED-Behandlung über mehrere Stunden den Verkehr auf der Hauptstraße Lindwurmstraße über eine Länge von 200 Metern.

Schmerzgriffe sind in ihrer Anwendung grundsätzlich stark umstritten. Es wird diskutiert, ob diese gegen das Folterverbot verstoßen. In einem Artikel von Espín Grau und Singelstein schreiben diese im Fazit²⁷: „Unter den Begriff der Schmerzgriffe werden verschiedene Techniken gefasst, die in der polizeilichen Praxis zunehmend zur Anwendung kommen. Sie zielen (primär) auf eine psychische Wirkung, indem sie den Willen der Betroffenen beugen und abschrecken sollen. [...] Für die Betroffenen haben Schmerzgriffe gravierende Folgen. Die rechtliche Zulässigkeit von Schmerzgriffen als besonderer Form des unmittelbaren Zwangs ist umstritten und bislang nicht geklärt.“ Sie schreiben weiter: „Schmerzgriffe können als Entgrenzung polizeilicher Gewaltpraxis verstanden werden. Zugleich wohnt ihnen eine Tendenz zur Normalisierung von Gewaltanwendung inne. Erstens werden Schmerzgriffe von Polizeibeamt*innen trotz der erheblichen Folgen für die Betrof-

²⁴ [taz.de/Hype-um-Super-Recognizer/!5948941](https://www.taz.de/Hype-um-Super-Recognizer/!5948941), ABER: Super-Recognizer klären Handtaschenraub auf: www.bild.de/regional/muenchen/muenchen-aktuell/polizei-bayern-super-recogniser-lassen-diebes-bande-auffliegen-75196660.bild.html

²⁵ [taz.de/Proteste-gegen-IAA-in-Muenchen/!5959054](https://www.taz.de/Proteste-gegen-IAA-in-Muenchen/!5959054)

²⁶ [taz.de/Protest-gegen-Automobilausstellung-IAA/!5956556](https://www.taz.de/Protest-gegen-Automobilausstellung-IAA/!5956556)

²⁷ verfassungsblog.de/schmerzgriffe-als-technik-in-der-polizeilichen-praxis

fenen als eher mildes Mittel eingeschätzt, weil sie selten sichtbare physische Verletzungen hinterlassen. Schmerzen erscheinen als normal und unter Umständen sogar als notwendiger Bestandteil des Polizierens. [...] Zweitens perpetuieren Schmerzgriffe den Anspruch auf absolute Autorität der Polizei, indem es jedenfalls bei den Nervendrucktechniken einzig um die Beugung des Willens der Betroffenen geht. Ein solches polizeiliches Vorgehen duldet keine Rückfrage, keine Verhandlung und kein Opponieren mehr. Der Schmerzgriff bricht jeden Widerspruch und reduziert eine mündige Person auf ihren verletzbaren Körper zugunsten eines effizient durchführbaren Einsatzes.“

5.3 DAS DRÄNGEN AUF VERSAMMLUNGSLEITUNG

In München beobachteten wir immer wieder, wie Versammlungen angehalten wurden, weil sie nicht angemeldet waren. Wie schon beschrieben, geschah das mindestens im Falle von *Smash IAA* durch physische Polizeigewalt; im Falle von anderen Versammlungen durch in den Weg stellen von Polizeiketten. Das Auftreten der Polizist*innen war dabei häufig nervös und hektisch und dadurch auch teilweise aggressiv. Im Sinne einer deeskalativen Strategie wäre es im Ermessensspielraum der Polizei gewesen, auch unangekündigte Versammlungen zunächst weiterlaufen zu lassen und erst dann regulierend einzugreifen, wenn durch sie eine Gefahr für die Sicherheit und Ordnung zu erwarten gewesen wäre. Bei z.B. einem kleinen Demonstrationszug, der sich in Richtung einer angemeldeten Versammlung bewegt, wäre das unserer Auffassung nach verhältnismäßiger gewesen, als diesen durch eine Vielzahl von Polizist*innen aufzuhalten, zu umstellen und auf die Nennung einer Leitung zu drängen.

Zum anderen kam es auch immer wieder zu Situationen, in denen Fahrradverbände als Versammlung gewertet und angehalten wurden, weil sie nicht als solche angemeldet waren. Eine Maßnahme, die oft mehr Spannung hervorgerufen hat, als ein sich bewegender Fahrradverband als solches.

Ein möglicher Grund für das Vorgehen der Polizei könnte mit dem bereits andernorts beobachteten Sammeln von Daten zusammenhängen. Durch das Anhalten einer protestierenden Gruppe und dem Verlangen nach einer anmeldenden Person erhielten die Polizist*innen in den meisten Fällen die Meldedaten einer versammlungsleitenden Person. Es bleibt abzuwarten, ob sich für diese Personen im Nachgang noch rechtliche Konsequenzen ergeben; z.B. mit dem Vorwurf des Leitens einer unangemeldeten Versammlung.

Auch wird im Kontext von Versammlungen immer mit dem Vorwurf sogenannter Vermummung gearbeitet, um Gruppen aufzuhalten oder aufzulösen, zu fotografieren und abzufilmen.

Das Sammeln von Daten in Hinsicht auf mögliche spätere Verfolgung von Straftaten ist Hintergrund des polizeilichen Umgangs mit der Spontandemonstration von dem Werkstor zum Bahnhof in Dingolfing am Freitag, 8. September: Nachdem die Versammlung nach längerer Blockadeaktion unbehelligt laufen konnte, wurde sie schließlich durch die Polizei aufgelöst und alle Personen ED-behandelt. Zuvor hatte der zuständige Einsatzleiter der Spontanversammlung das Tragen von Maleranzügen, Masken und Sonnenbrillen offensichtlich auf „Befehl von oben“ plötzlich untersagt, und anschließend zudem eine ED-Behandlung für alle angeordnet, um im Nachhinein mögliche Straftaten zu ahnden.

5.4 EINSCHRÄNKUNG VON PRESSEFREIHEIT

Als Teil des Beobachtungskonzepts beobachteten wir auch die Einhaltung einer freien Berichterstattung vor und während der Proteste rund um die diesjährige IAA.

Bereits bei der IAA 2021 war es im Zuge des Polizeieinsatzes zu teils gravierenden Einschränkungen der Pressefreiheit gekommen. Mehrere Journalist*innen wurden dabei durchsucht und in Gewahrsam genommen. In einem Fall wurde das Vorgehen der Polizei später gerichtlich als rechtswidrig eingestuft.²⁸ Auch dieses Jahr mussten wir feststellen, dass das übereifrige Vorgehen der Polizei gegen jede vermutete Störung im Stadtgebiet München auch vor gut kenntlichen Journalist*innen nicht Halt machte.

Bereits vor dem eigentlichen Protestwochenende (8. bis 10. September), zeigte sich bei einer Blockadeaktion der *Letzten Generation* am Donnerstagmorgen, den 7. September die geringe polizeiliche Hemmung, journalistische Arbeit zu beschneiden. So wurden kurz nach der Blockade alle anwesenden Journalist*innen unter Androhung von Platzverweisen von der Polizei auf einen Grünstreifen verbannt, von dem aus eine Berichterstattung nur noch begrenzt möglich war. Zusätzlich wurde bei Zuwiderhandlung die Verfolgung der Ordnungswidrigkeit gedroht.²⁹

Auch unabhängig von Protestaktionen, konnten wir besonders auf den „Open Spaces“ beobachten, wie die Pressefreiheit von der Polizei aktiv beschränkt wurde. Journalist*innen wurden teils mehrfach am Tag willkürlich angehalten und kontrolliert.

²⁸ www.br.de/nachrichten/bayern/iaa-2021-journalisten-von-polizei-rechtswidrig-festgehalten,TmWLXAF

²⁹ www.t-online.de/region/muenchen/id_100239068/-letzte-generation-in-muenchen-polizei-behindert-pressearbeit.html

Am Freitag, den 8. September beobachteten wir eine Kontrolle, in der mehrere Journalist*innen über eine Dreiviertelstunde von der Polizei umstellt wurden. Ein beteiligter Journalist sagte uns später am Telefon, dass auch im Anschluss an die Festsetzung eine uneingeschränkte Berichterstattung nicht möglich war. So seien er und weitere Journalist*innen teils von Bereitschafts- teils von Zivilpolizei auf Schritt und Tritt verfolgt worden, obwohl ersichtlich war, dass es sich um Pressevertreter*innen handelte.

Auch wir wurden trotz unserer Rolle als Beobachter*innen an diesem Tag mehrfach von der Polizei kontrolliert und an unserer Arbeit gehindert.

Besonders hervorzuheben ist darüber hinaus die Rolle der Organisator*innen der IAA selbst. Bei einer Kletteraktion zweier Aktivist*innen an einem der Ausstellerstände in den Residenzhöfen, entschied der Verband der Autoindustrie (VDA) mit Verweis auf das Hausrecht, kurzerhand die gesamte Ausstellungsfläche zu räumen. Als Grund wurde dabei unglaublich eine vermeintliche „Überfüllung“ des „Open Space“ angegeben.³⁰

In der Folge wurde auch der Presse der Eintritt verwehrt, erst später wurde der Einblick durch ein Seitentor durch die Polizei gewährt, wobei es zu weiteren Behinderungen kam, die von Angestellten des Sicherheitsdienstes ausgeübt wurde.³¹

Während der Räumung befand sich nur ein Journalist innerhalb der Residenzhöfe. Dieser berichtete uns im Anschluss, dass er sowohl von der Polizei als auch vom Sicherheitsdienst des Ausstellers mehrfach bedrängt wurde und sich nicht nur in seiner Arbeit behindert, sondern aktiv bedroht fühlte. Sein Drängen, weiteren Journalist*innen den Zugang zu gewähren, lehnte die polizeiliche Einsatzleitung ab.

Unsere eigenen Beobachtungen und Erfahrungen sowie Berichte von Journalist*innen, zeichnen ein Bild, demzufolge eine freie Berichterstattung während der IAA nur eingeschränkt möglich war.

Der vielfachen Bekräftigung seitens der Polizei München, sie würde die Pressefreiheit während der IAA zu gewährleisten,³² steht das polizeiliche Verhalten in zahlreichen Situationen konträr gegenüber. Unsere eigenen Beobachtungen und Erfahrungen sowie Berichte von Journalist*innen, zeichnen ein Bild, demzufolge eine freie Berichterstattung während der IAA nur eingeschränkt möglich war. Besonders zu kritisieren ist hierbei das wiederholte Aufhalten³³ und Kontrollieren von am Presseausweis erkennbaren Journalist*innen auf den „Open Spaces“ sowie in Camp-Nähe. Auch die enge polizeiliche Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten der Autoaussteller beim Aussperren von (unliebsamen) Medienvertreter*innen, etwa in den Residenzhöfen, ist mehr als bedenklich. Die Aussage des VDA, der „Open Space“ sei wegen Überfüllung geschlossen worden zeigt, wie die Veranstalter*innen mit Protest und Kritik umgehen: sie versuchen, diese unsichtbar zu machen.

Eine uneingeschränkte und kritische Pressearbeit im öffentlichen Raum muss auch dann gewährleistet sein, wenn Teile davon durch private Veranstalter*innen wie dem VDA genutzt werden. Besonders im Verbund mit den Protestaktionen rund um die Automesse überwiegt hierbei das öffentliche Interesse vor dem privaten Nutzungsrecht.

³⁰ www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-iaa-protest-polizei-pressearbeit-behinderung-1.6216382

³¹ twitter.com/KollektivC/status/1700529815856562296

³² twitter.com/BJVde/status/1700056994218946859

³³ twitter.com/Kat_Schipkowski/status/1700534089843884244

6 FAZIT

Soziale Bewegung ist an massives Polizeiaufgebot, an Einschüchterung und Einhegung; ja sogar an Einschränkung von Versammlungsfreiheit und Polizeigewalt während politischer Proteste – wenn auch nicht in positiver Weise – gewöhnt. Polizeigrößaufgebote und die starke Beschneidung des Versammlungsrecht sind anlässlich von politischen Großereignissen wie etwa Gipfelprotesten sowie bei Protesten gegen Atomtransporte oder gegen die Zerstörung von Dörfern oder Wäldern bekannt. In München erfolgte die Polizeintervention durch das bayerische Innenministerium und die Münchener Polizei im Zusammenhang mit einer privatwirtschaftlichen Informations- und Verkaufsveranstaltung, welche mittels 4.500 Polizist*innen und unter Einsatz verschiedenster Gewaltformen geschützt wurde.

Mit welcher Berechtigung prügelt eine Polizeieinheit auf Personen ein, die sich einem Autohaus nähern – wie am Samstag, den 9. September geschehen? Wie kann es sein, dass Personen, die als links-alternativ wahrgenommen werden, systematisch auf Ausstellungsflächen von Autokonzernen durch Polizei pauschal überwacht und kontrolliert werden? Ist es verhältnismäßig und demokratisch, wenn Teilnehmende eines angemeldeten Protestcamps flächendeckend aufgehalten und Personalienfeststellungen unterzogen werden, nur weil eventuell Protestaktionen gegen eine Automesse geplant sein könnten?

In München haben wir beobachtet,
wie eben diese Versammlungsfreiheit durch das Agieren
der Polizei beschnitten wurde.

Die Versammlungsfreiheit gehört zu den wenigen im Grundgesetz verankerten Möglichkeiten unmittelbarer, gelebter Demokratie. Die Möglichkeit, sich kollektiv öffentlich zu versammeln und dabei die Art der Meinungskundgabe thematisch und formal selbst zu bestimmen, ist für unser Demokratieverständnis von zentraler Bedeutung. In München haben wir beobachtet, wie eben diese Versammlungsfreiheit durch das Agieren der Polizei beschnitten wurde.

Wir konnten beobachten, wie Einzelpersonen und Kleingruppen mit alternativem Erscheinungsbild in unmittelbarer Nähe zum angemeldeten Protestcamp sowie den öffentlich zugänglichen IAA-Ausstellungsflächen („Open Spaces“) in der Innenstadt stets mit willkürlichen Personen- und Taschenkontrollen konfrontiert waren. Selbst Journalist*innen, parlamentarische Beobachter*innen und einige unserer Beobachter*innen wurden teils mehrfach aufgehalten und kontrolliert. Für diese systematische Kontrolle von Personen war während der IAA ein großer Einsatz seitens der Polizei nötig und hat viele Personen in ihrer Bewegungsfreiheit bis hin zu ihrer journalistischen oder parlamentarischen Arbeit stark beeinträchtigt.

Neben diesen dauernden Kontrollen konnten wir auch das massive Erstellen von Foto- und Videomaterial beobachten – sowohl bei angemeldeten als auch unangemeldeten Versammlungen. Auf Nachfrage haben wir hinsichtlich der Personenkontrollen und des Anfertigens von Videos und Fotos keine eindeutige Aussage der Polizist*innen zur rechtlichen Grundlage erhalten. Vielmehr bekamen wir ausweichende oder vage Antworten, was uns zumindest daran zweifeln lässt, ob die Beamt*innen vor Ort sich der Rechtmäßigkeit ihrer Tätigkeiten sicher waren. Die Dauerpräsenz von polizeilichen Kameras auf Demonstrationen wirkt an sich abschreckend und damit versammlungseinschränkend – ganz gleich, ob die Kameras aktiviert sind oder nicht. Wird nicht gefilmt, sollten Kameras abgedeckt sein. Das Fotografieren und Filmen auf Versammlungen sollte die Ausnahme sein. Das Abfilmen von einzelnen Personen soll der Gefahrenabwehr dienen, welches durch das gezielte Fotografieren von Schuhen z.B. nicht gegeben ist. Da uns polizeiseitig keine Grundlage genannt wurde, müssen wir annehmen, dass die einzelnen Beamt*innen die gesetzliche Grundlage nicht wussten und unhinterfragt jegliche Befehle ausführten.

Die Existenz und Zweck der in Medien erwähnten polizeilichen Datenbank von Aktivist*innen müsste nun im Anschluss ebenso aufgeklärt werden wie der massive Einsatz von Polizist*innen in Zivil, die sowohl rund um das Camp starke Präsenz zeigten als auch auf den „Open Spaces“.

Zusätzlich zu dieser massenhaften Erhebung von Daten, konnten wir beobachten, wie Polizist*innen gewaltvoll gegenüber Protestierenden vorgegangen sind. Wir erlebten teilweise hektische, unsichere und aggressive Beamt*innen, die durch ihr Auftreten zur Eskalation in übersichtlichen Situationen geführt haben.

Schlussendlich haben wir in München gesehen, wie die Polizei in Zeiten sich verschärfender Klimakrise die Interessen der Autolobby schützte und Protestierende durch Kontrollen schikanierte, ihnen mit Knüppeln begegnete und nicht davor zurückschreckte, einige von ihnen über Tage einzusperren. Eine möglichst umfassende Kontrolle über ein Protestgeschehen zu gewinnen kann nur auf Kosten des Rechts auf Versammlungsfreiheit und anderen Grund- und Freiheitsrechten umgesetzt werden. In München konnten wir auch sehen, wie soziale Bewegungen dennoch in der Lage sind, ihren Protest auf die Straße zu bringen. Als Zivilgesellschaft sollten wir uns der Gefahr klar werden, die von einer immer weitergehenden Entgrenzung polizeilicher Befugnisse ausgeht – zugunsten privater Unternehmen und einer rückwärtsgewandten Mobilitäts- und Klimapolitik und gegen die Überlebensinteressen der globalen Bevölkerung.